

Kathi Weiler

Das Framing der Klimakrise durch die CDU/CSU zur Wahl des Deutschen Bundestages 2017 und 2021 im Vergleich



Kompetenzzentrum Nachhaltigkeit im Globalen Wandel



HSB

Hochschule Bremen
City University
of Applied Sciences

GLOKAL Arbeitspapier zur Nachhaltigkeitspolitik – No. 18, 2024

Working Paper on Politics of Sustainability – No. 18, 2024

GLOKAL Arbeitspapiere zur Nachhaltigkeitspolitik

Working Papers on Politics of Sustainability

Kommunale Entwicklungspolitik, Mehrebenenpolitik, Lokal Governance

GLOKAL Arbeitspapier Nr. 18

Kathi Weiler • Das Framing der Klimakrise durch die CDU/CSU zur Wahl des Deutschen Bundestages 2017 und 2021 im Vergleich

GLOKAL Arbeitspapiere zur Nachhaltigkeitspolitik

Working Papers on Politics of Sustainability

GLOKAL – Kompetenzzentrum Nachhaltigkeit im Globalen Wandel

an der Hochschule Bremen fördert durch seine wissenschaftliche Arbeit die nachhaltige Entwicklung in Kommunen, Regionen, Unternehmen und Verwaltungen und vernetzt Wissenschaft und Praxispartner. Die „Arbeitspapiere zur Nachhaltigkeitspolitik“ präsentieren sowohl Befunde aus der Forschungstätigkeit der Mitglieder des Zentrums als auch herausragende Abschlussarbeiten zu diesen Themen, die von Studierenden der Studiengänge „BA Internationaler Studiengang Politikmanagement (ISPM)“, „MA Politik und Nachhaltigkeit (PoNa)“ (bis 2020) und dem „Interdisziplinären Studiengang Nachhaltigkeitsmanagement (INA, M. Sc.)“ (ab 2023) erstellt wurden.

GLOKAL – Center of Expertise of the University of Applied Science Bremen (USAB) for Sustainability and Global Change

is dedicating its scientific capacities on supporting sustainable development of municipalities, regions, enterprises and administrations. Its work aims at linking science and practitioners. The series “Working Papers on Politics of Sustainability” presents results of research activities of the center’s members as well as outstanding theses of students of the international BA program “Political Management (ISPM)”, the MA program “Governing Sustainability (PoNa)” and the MA program “Interdisciplinary Sustainability Management (INA)” related to these issues.

Autorin: Kathi Weiler

Schriftenreihe GLOKAL Arbeitspapiere zur Nachhaltigkeitspolitik / Workingpapers on Politics of Sustainability.

Nr. 18, 2024

Verlag: Hochschule Bremen, ISPM

ISSN: 2364-3447

Bremen, 2024

Abstract

Seit 2019 wird die Klimapolitik in der BRD zunehmend als wichtiges Politikfeld anerkannt, nicht zuletzt aufgrund des Aufkommens der Jugendbewegung Fridays for Future. Die vorliegende Arbeit untersucht, inwieweit und aus welchen Gründen die Bundesparteien CDU und CSU diesen Wandel ebenfalls vollzogen haben. Die Untersuchung basiert auf einer qualitativen Inhaltsanalyse der Bundestagswahlprogramme der Union aus den Jahren 2017 und 2021. Mittels einer deduktiven Kodierung anhand der vier Elemente eines Frames von Robert Entman wird das Framing der Parteien in Bezug auf die Klimakrise identifiziert. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Veränderungen zwischen den beiden Wahlperioden und korrespondierenden Gründen für ebendiesen Wandel.

Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass die Unionsparteien die Klimakrise im Jahr 2021 als größere Bedrohung darstellten als im Jahr 2017. Es zeigt sich eine geringfügige Verschiebung und Erweiterung der klimapolitischen Positionierung im Verlauf der Jahre. Der Wandel der öffentlichen Meinung in Verbindung mit dem schlechten Wahlergebnis der Union bei der Bundestagswahl 2017 sowie eine schwierige Weltwirtschaftslage werden als zentrale Gründe für den beobachtbaren Wandel identifiziert. Die Analyse deutet darauf hin, dass ein Bestreben zur Bildung einer schwarz-grünen Koalition einen weiteren Grund für die Veränderung darstellt.

Die vorliegende Arbeit eröffnet die Möglichkeit, die politische Responsivität der CDU/CSU gegenüber der wachsenden Bedeutung der Klimakrise zu bewerten. Für die Parteienforschung untermauert sie die Relevanz qualitativer Analysen von Kommunikationsmaterialien in Ergänzung zu vorherrschenden quantitativen Ansätzen. Für die politische Diskussion hingegen bietet die Arbeit Anhaltspunkte über die Wechselwirkung zwischen Parteien und Zivilgesellschaft bei der Gestaltung einer ambitionierten Klimapolitik in der BRD.

Danksagung

Für viele Menschen ist es heutzutage selbstverständlich, einen Bachelor-Abschluss zu machen. Für mich ist dies anders: Die Wahrscheinlichkeit, einen Universitätsabschluss zu machen, liegt für Careleaver*innen¹ immer noch unter 10%. Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei den Menschen zu bedanken, die mich während meines Studiums und bei der Erstellung dieser Abschlussarbeit maßgeblich unterstützt haben.

Zunächst gilt mein Dank den Professor*innen des Internationalen Studiengangs Politikmanagement der Hochschule Bremen. Ihr kontinuierliches Engagement für den Erhalt eines der wenigen politikwissenschaftlichen Studiengänge an deutschen Hochschulen ermöglicht vielen sozial benachteiligten jungen Menschen eine politikwissenschaftliche Ausbildung, die ihnen andernfalls verwehrt bliebe.

Danke an Leonie Hönekopp, deren scharfsinnige Kritik die vorliegende Arbeit an entscheidenden Stellen geschärft hat. Ein besonderer Dank gilt Nele Fuchs, die nie müde wurde, meine Texte zu korrigieren und so meinen wissenschaftlichen Arbeitsstil geprägt hat. Schließlich danke ich Ezgi Bilmen, deren bedingungslose Solidarität ein Anker in meinem Studium war.

¹ Careleaver*innen sind Personen, die einen Teil ihres Lebens in einer Pflegefamilie oder einer anderen Form der stationären Jugendhilfe (bekannt als „Heimerziehung“) verbracht haben.

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Forschungsstand	3
2.1 <i>Parteienforschung.....</i>	3
2.1.1 <i>Partei-Wandel-Forschung</i>	3
2.1.2 <i>Wahlprogrammforschung</i>	6
2.2 <i>Klimakrise und -politik</i>	10
2.2.1 <i>Das Klimaabkommen von Paris und seine Bedeutung für die BRD</i>	12
2.2.3 <i>Klimarahmenanalyse.....</i>	14
3. Forschungsdesign und Methodik	15
3.1 <i>Fall- und Materialauswahl</i>	17
3.2 <i>Datengrundlage und Operationalisierung</i>	17
4. Die Unionsparteien CDU und CSU	18
4.1 <i>Historie</i>	18
4.2 <i>Programmatik.....</i>	22
4.3 <i>Organisation</i>	24
4.4 <i>Parteitypus und Wähler*innenschaft</i>	24
5. Analyse der Wahlprogramme	25
5.1 <i>Bundestagswahlprogramm der CDU/CSU 2017</i>	25
5.1.1 <i>Entstehungskontext</i>	25
5.1.2 <i>Framing der Klimakrise</i>	26
5.2 <i>Bundestagswahlprogramm der CDU/CSU 2021</i>	29
5.2.1 <i>Entstehungskontext</i>	29
5.2.2 <i>Framing der Klimakrise</i>	31
5.3 <i>Vergleich der Wahlprogramme</i>	40
5.3.1 <i>Entstehungskontexte</i>	40
5.3.2 <i>Framing der Klimakrise</i>	41

6. Diskussion der Ergebnisse	42
7. Fazit	44
8. Literatur.....	48
9. Anhang	54
9.1 <i>Analyse der Wahlprogramme</i>	54
9.1.1 Wahlprogramm 2017.....	54
9.1.2 Wahlprogramm 2021.....	58
9.2 <i>Kodierleitfaden</i>	78

1. Einleitung

Die Bundestagswahl 2021 galt vielfach als Klimawahl – ihr wurde die Bedeutung zugemessen im Ergebnis die letzte Regierung zu bestimmen, welche die BRD noch auf einen klimagerechten 1,5°C-Pfad bringen könnte. Zudem war das Thema Klimaschutz im Bundestagswahlkampf 2021 so präsent wie noch nie zuvor. Viele Wähler*innen orientierten ihre Wahl an der Klimapolitik. (Vgl. Riebe / Marquardt 2022)

Die CDU/CSU wird nicht mit einer ambitionierten Klimapolitik verbunden. Allerdings gehen Partei-Wandel-Forscher*innen davon aus, dass gerade konservative Volksparteien empfindlich auf Veränderungen in der öffentlichen Meinung reagieren und ihre Positionen entsprechend anpassen (vgl. Fagerholm 2016: 506). Weiterhin finden Veränderungen stärker in den Parteien statt, welche zum Zeitpunkt des Wandels der Regierung angehören (ebd.). Es scheint, dass die CDU/CSU guten Bedingungen ausgesetzt war, um ihre inhaltlichen Positionen zum Klimaschutz zu wandeln. Daher befasst sich die vorliegende Bachelorarbeit aus der Sicht der Partei-Wandel-Forschung mit der Klimapolitik der CDU/CSU in den Wahljahren 2017 und 2021.

Im Rahmen des „Manifesto Project“ werden alle Wahlprogramme in der BRD analysiert und kategorisiert. Dabei werden die Wahlprogramme quantitativ untersucht. Im Rahmen ebendieser Forschung stellte sich heraus, dass ein leichter Anstieg von Klima- und Nachhaltigkeitspolitik im Wahlprogramm der CDU/CSU von 2021 im Vergleich zu 2017 zu verzeichnen war (vgl. Müller / Schürmann 2021). Weiterhin untersuchten Lea Busch und Lothar Mikos im Rahmen ihres Werkes „Der politische Klimadiskurs“ (2022) die Grundsatzprogramme der letzten 40 Jahre der CDU und CSU auf ihre umwelt- und klimapolitischen Positionen hin. Beiden Analysen ist gemein, dass sie die beobachtbaren Veränderungen nicht mit Erkenntnissen aus der Partei-Wandel-Forschung verbinden. Die vorliegende Bachelorarbeit soll die Forschungslage daher um eine qualitative Inhaltsanalyse der Bundestagswahlprogramme 2017 und 2021 der CDU/CSU im Bereich Klimapolitik erweitern. Dabei wird der Entstehungskontext der Wahlprogramme in Hinblick auf von der Partei-Wandel-Forschung als relevant anerkannte Aspekte näher betrachtet. Im Fokus steht die Forschungsfrage, inwiefern sich das Framing der Klimakrise durch die CDU/CSU von 2017 bis 2021 verändert hat

und welche Aspekte diese Veränderungen erklären können. Mit der Betrachtung der Forschungsfrage werden zugleich folgende Hypothesen überprüft:

Die CDU/CSU stellt die Klimakrise im Wahlprogramm 2021 im Vergleich zum Programm aus 2017 als größere Bedrohung dar.

Auch wenn die Klimapolitik der CDU/CSU im Wahlprogramm 2021 ausführlicher beschrieben wird als im Programm 2017, unterscheiden sich die vorgeschlagenen politischen Maßnahmen inhaltlich nicht.

Der Druck außerhalb der Partei durch Klimaaktivist*innen und den damit einhergehenden Wandel der öffentlichen Meinung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die CDU/CSU ihr Framing hinsichtlich der Klimakrise verändert hat.

Ein weiterer Beweggrund für die Veränderung des Framings der Klimakrise in den Wahlprogrammen ist die Vorbereitung einer schwarz-grünen Koalition auf der Bundesebene.

In der vorliegenden Arbeit wird zunächst der Forschungsstand im Bereich der Parteienforschung mit Fokus auf der Wahlprogrammforschung und der Partei-Wandel-Forschung dargestellt. Hieran schließt sich die Darstellung des Forschungsstandes im Bereich der Klimaforschung an. Darauf folgt die Vorstellung des verwendeten Forschungsdesigns und der -methodik. Hiernach werden relevante Aspekte der untersuchten Parteien dargestellt und im Anschluss die Analyse der Wahlprogramme durchgeführt. Hierbei werden zunächst die Entstehungskontexte der beiden Wahlprogramme vor dem Hintergrund der aktuellen Erkenntnisse der Partei-Wandel-Forschung analysiert. Anschließend werden die Bundestagswahlprogramme der CDU/CSU zu den Wahlen 2017 und 2021 auf ihr Framing bezüglich der Klimakrise hin untersucht. Zur Operationalisierung des Framings wird auf die vier Frame-Elemente von Robert Entman (1993) zurückgegriffen: Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Lösungszuschreibung / Handlungsaufforderung sowie explizite Bewertung. Schließlich werden die Erkenntnisse aus der Analyse der Entstehungskontexte mit dem untersuchten Framing zur Klimakrise in den Wahlprogrammen in Verbindung gebracht. In einer kritischen Diskussion wird sich die Erklärungskraft der Unterschiede in den Entstehungskontexten auf den untersuchten Wandel des Framings der Klimakrise in den beiden Wahlprogrammen herausstellen.

2. Forschungsstand

2.1 Parteienforschung

Im Folgenden wird ein Überblick über den Stand der für diese Arbeit einschlägigen Parteienforschung gegeben. Besondere Beachtung finden in diesem Kontext die Partei-Wandel-Forschung und die Wahlprogrammforschung, nachdem zunächst allgemeine Aspekte der Parteienforschung dargelegt werden.

In der Parteienforschung werden für gewöhnlich vier Parteiziele angenommen: ‚vote-seeking‘, ‚office-seeking‘, ‚policy-seeking‘ und ‚intra-democracy-maximising‘ (vgl. Merz / Regel 2013: 212f). Parteien können sich also primär daran orientieren, möglichst viele Wähler*innenstimmen auf sich zu vereinen, die Regierung zu führen, erwünschte politische Maßnahmen einzuführen oder die innerparteiliche Demokratie zu stärken. Wie Strom 1990 (568ff) darlegte, können sich diese Ziele überschneiden und teilweise im Widerspruch zueinanderstehen. Pappi und Shikano (2004: 76) hingegen argumentieren, dass die Parteiziele zudem von der politischen Arena, in der die Parteien agieren, abhängt. So seien in einem Zweiparteiensystem die Parteiziele und dazugehörigen Strategien klarer zu definieren als in einem Mehrparteiensystem.

Der Salienztheorie folgend gibt es Politikfelder, in denen bestimmten Parteien eine herausstechende Kompetenz zugeschrieben wird (sogenannte „issue ownership“). In diesen Politikfeldern besteht in der Bevölkerung und unter den Parteien Einigkeit über die inhaltliche Positionierung. Die Unterschiede liegen lediglich darin, wieviel Kompetenz bestimmten Parteien bei der Bewältigung des Problems zugesprochen wird. Diese politischen Themen werden im Gegensatz zu Positionsisues, bei denen Parteien und korrespondierend Wähler*innen zwischen verschiedenen Positionierungen wählen, als Valenzissues bezeichnet. (Vgl. Pappi / Shikano 2004: 75ff)

2.1.1 Partei-Wandel-Forschung

Da diese Arbeit sich mit dem Wandel des Framings der Klimakrise durch die CDU/CSU befasst, wird an dieser Stelle der aktuelle Forschungsstand der Partei-Wandel-Forschung dargestellt. Die deutschsprachige Partei-Wandel-Forschung befasst sich vorrangig mit der Frage, inwiefern Parteien zwischen Niedergang und Anpassung

stehen. Zur Forschung bezüglich des Wandels von parteipolitischen Positionierungen, welcher die zentrale Fragestellung dieser Arbeit betrifft, wird an dieser Stelle daher auf die internationale wissenschaftliche Debatte zum Thema zurückgegriffen.

Fagerholm (2016: 502) definiert einen Wandel in der politischen Positionierung einer Partei wie folgt:

„[...] ‘change’ is, rather straightforwardly, understood as a shift in party P’s position between two successive time points (e.g. election years).“

Fagerholm (ebd.) identifiziert zwei Forschungstraditionen zum Wandel von politischen Positionierungen von Parteien, welche auf die Schriften von Harmel und Janda (1994) sowie Budge (1994) zurückzuführen sind. Harmel und Janda gehen grundsätzlich davon aus, dass Parteien konservative Organisationen sind, denen es von Natur aus widerstrebt, sich zu verändern. Die Autoren fokussierten sich auf die Verknüpfung von Partei-Wandel und korrespondierenden Parteizielen und identifizierten sogenannte Schocks als essenzielle Motoren für Wandel in Parteien. Was allerdings für die eine Partei ein Schock ist, spielt für die andere Partei manchmal kaum eine Rolle. Einen Schock erleide eine Partei nur dann, wenn sie in ihrem primären Parteiziel (siehe Parteiziele in 2.1) einen empfindlichen Verlust erleidet. Andere Faktoren wie sekundäre Parteiziele könnten laut den Autoren auch eine Rolle spielen, allerdings können sie keinen so starken Wandel hervorrufen wie ein Schock. (Vgl. Harmel / Janda 1994: 266ff)

Budges Theorie hingegen bildet einen Gegenpol zu der Annahme, Parteien könnten aus dem Abschneiden bei einer Wahl oder aus der öffentlichen Meinung eine politische Strategie für sich selbst ableiten. Er identifiziert fünf Möglichkeiten für Parteien, mit dieser Ungewissheit umzugehen: das ‚stay put model‘, das ‚alternation model‘, das ‚past results model‘, das ‚rational expectations model‘ und das ‚marker party model‘. Parteien entsprechen dem ‚stay put model‘, wenn sie insgesamt ihre politischen Positionen über viel Wahlperioden hinweg beibehalten. Das ‚alternation model‘ umfasst Parteien, welche ihre Positionen von Wahl zu Wahl aufgrund von externem Druck abwandeln. Im ‚past results model‘ analysieren Parteien ihre vorhergehenden Änderungen und verstärken oder korrigieren ebendiese auf Grundlage der Ergebnisse. Das ‚rational expectations model‘ vertritt die Annahme, dass Parteien Veränderungen aufgrund der, von ihnen aufgestellten, Annahmen zur nächsten Wahl machen. Im ‚marker party model‘ wiederum verändern Parteien ihre Positionen auf Grundlage von

Veränderungen rivalisierender Parteien. (Vgl. Budge 1994: 461)

In der Empirie zeigt sich allerdings, dass diese Theorien nicht alle Fälle von Parteiwandel abschließend erklären können. Während einige Aspekte in vielen Fällen eine Rolle zu spielen scheinen, lässt sich für andere keinerlei übereinstimmende Evidenz finden. Zusammenfassend finden sich in der empirischen Literatur insgesamt acht Aspekte, welche sich in Änderungen innerhalb der Partei, Systemwandel sowie gesellschaftliche Veränderungen aufteilen lassen. Als Änderungen innerhalb einer Partei gelten ein Wechsel des Führungspersonals, ein Wandel der dominierenden Strömung innerhalb einer Partei sowie Strukturänderungen einer Partei. Unter einen Systemwandel fallen vorhergehende Wahlergebnisse, Veränderungen in konkurrierenden Parteien und die Frage, ob die zu untersuchende Partei im Untersuchungszeitraum der Regierung oder der Opposition angehörte. Gesellschaftliche Veränderungen umfassen schließlich einen Wandel der öffentlichen Meinung sowie die Weltwirtschaftslage. (Vgl. Fagerholm 2016: 503ff)

Ein Wandel im Führungspersonal scheint eher bei konservativen Parteien einen wichtigen Faktor für eine Veränderung der politischen Position auszumachen. Insgesamt gibt es laut Fagerholm aber keine überzeugende Empirie, dass dies einen messbaren Wandel verursachen kann. Empirisch nachgewiesen konnte bisher ebenfalls nicht werden, ob eine Veränderung der dominierenden Strömungen mit einem Policy-Change einhergeht. Allerdings findet sich in diesem Bereich auch noch keine ausreichende Forschung. Die innerparteiliche Organisation scheint einen Einfluss auf die Wandlungsfähigkeit einer Partei zu haben: eine starke Parteiführung bei schwachen Partei-Aktivist*innen mache einen Policy-Change wahrscheinlicher. Die Forschung belegt, dass es einen Zusammenhang zwischen Wandel und Wahlverlusten gibt – insbesondere dann, wenn die Wahl zeitlich nicht weit zurückliegt und ein relevanter Stimmenverlust zu verbuchen war. Es ist zu beobachten, dass Parteien auf einen Wandel in rivalisierenden Parteien reagieren – vor allem wenn diese Parteien sich ideologisch nahestehen. Parteien in der Regierung scheinen sich eher zu wandeln als diejenigen, die sich in der Opposition befinden. Die Empirie zeigt, dass Volks- und Mitte-Rechts-Parteien ihre politischen Positionen bewegen, wenn sich die öffentliche Meinung verändert – Nischen-Parteien hingegen tun dies nicht. Primär Mitte- und rechte Parteien verändern ihre politischen Positionen korrespondierend zur Weltwirtschaftslage. Ein gegenseitiger Einfluss von Volksparteien bei ihrer Policy Wahl

kann aufgrund der derzeitigen Forschungsgrundlage nicht ausgeschlossen werden – gleiches gilt für einen möglichen Einfluss von Schwesterparteien aus Nachbarländern. (Vgl. Fagerholm 2016: 503ff)

Um wissenschaftlich verlässliche Aussagen über Veränderungen in parteipolitischen Positionierungen treffen zu können, werden laut Fagerholm weitere Studien benötigt, die den Wandel über längere Zeiträume als zwei aufeinander folgende Wahlen betrachten (vgl. Fagerholm 2016: 508).

2.1.2 Wahlprogrammforschung

Parteien sind ohne politische Programme nicht vorstellbar. Ebendiese Programme bilden für die Wissenschaft einen leichten Zugang zu den programmatischen Vorstellungen von Parteien. Immerhin stellen sie nach Ingrid Reichart-Dreyer (2000: 29) eine „schriftliche Bekanntmachung der Vorhaben eines politisch Handelnden oder einer politischen Institution“ dar. Im Verlauf der Zeit hat sich die Parteiprogrammforschung als eigener Forschungszweig innerhalb der Parteienforschung herausgebildet. (Vgl. Wiesendahl 2022: 267)

Deutsche Parteien gelten gemeinhin als Programmparteien. Die starke Programmorientierung in der BRD zeige sich laut Merz / Regel beispielsweise an der rechtlich verankerten Stellung von Programmen (2013: 211).

Als Untersuchungsgegenstände identifizieren Kercher / Brettschneider (2013: 270) innerhalb der Wahlprogrammforschung den Inhalt von Wahlprogrammen, die Vorhersagequalität von Wahlprogrammen für parlamentarisches Handeln, die Nutzung und Wahrnehmung von Wahlprogrammen durch die Wähler*innen, den Einfluss der Programme auf die Wähler*innen, die Berichterstattung über Wahlprogramme, die Sprache von Wahlprogrammen und den Entstehungsprozess von Wahlprogrammen.

In der deutschen Parteiprogrammforschung werden klassischerweise vier verschiedene Programmtypen unterschieden: Grundsatzprogramme, Aktionsprogramme, Kurzprogramme und Wahlprogramme. Die verschiedenen Programmtypen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Ziele, Funktionen, Zielgruppen, des Zeithorizontes sowie der Frage, wie konkret, praxisbezogen und verbindlich sie sind (vgl. Wiesendahl 2022: 269).

Die erste dokumentierte Unterscheidung von Programmtypen hat für den deutschen

Raum Heino Kaack 1971 durchgeführt (vgl. Wiesendahl 2022: 269). Kaack unterscheidet zwischen Grundsatzprogrammen, Aktionsprogrammen, Wahlprogrammen und Regierungsprogrammen. Diese Programmtypen unterscheidet Kaack hinsichtlich ihrer Funktionen. Die Funktionen unterteilt Kaack anhand ihrer nach außen oder innen gerichteten Wirkung: die Werbungsfunktion, die Profilfunktion, die Agitationsfunktion und die Operationsbasis wirken nach außen während die Integrationsfunktion, die Identifikationsfunktion, die Stimulationfunktion, die Herrschaftsfunktion und die Legitimationsfunktion nach innen wirken. Die Werbungsfunktion umfasse die Mitglieder- und Wahlwerbung. Die Profilfunktion hingegen bedeute die Abgrenzung gegenüber konkurrierenden Parteien. Die Agitationsfunktion wiederum steht laut Kaack für „die Vorbereitung der Auseinandersetzung mit anderen Parteien“ (Kaack 1971: 402). Als Operationsbasis bildeten Parteiprogramme die Grundlage für politische Verhandlungen, wie beispielsweise Koalitionsverhandlungen. Die Integrationsfunktion von Parteiprogrammen versteht ebendiese als den gemeinsamen Kompass, an dem alle Parteimitglieder ihr Denken und Handeln orientierten. Die eng hiermit verknüpfte Identifikationsfunktion stärke die Identifikation der Mitglieder mit der Partei und ihren Zielen. Die Stimulationfunktion wiederum beschreibt die Antriebskraft durch Parteiprogramme, welche beispielsweise einen aktiven Wahlkampf durch die Mitglieder und demnach eine hohe Agitationsfunktion bedeute. Unter der Herrschaftsfunktion versteht Kaack die Möglichkeit der Parteiführung, das fertige Programm in ihrer eigenen Interpretation auszulegen und so ihre Herrschaft zu stabilisieren. Schließlich umschreibt die Legitimationsfunktion den Fakt, dass Handlungen im Sinne des Parteiprogrammes grundsätzlich legitimiert seien. Laut Kaack erfüllen alle Programmtypen die, von ihm aufgestellten, Funktionen zu einem gewissen Grad. (Vgl. Kaack 1971: 401ff)

Selbstverständlich sind die Funktionen von Parteiprogrammen nicht haarscharf zu unterscheiden, dennoch ist es wichtig in der Analyse die Spezifika des vorliegenden Programmtyps zu beachten (vgl. Wiesendahl 2022: 271). Mit Wahlprogrammen werden gemeinhin alle Parteiziele verfolgt. Als Adressat*innen von Parteiprogrammen gelten Parteimitglieder sowie gewählte Vertreter*innen der Partei, die Öffentlichkeit, Wähler*innen, Medien und andere Parteien. Merz und Regel (2013) bringen Parteiziele, Programmfunktionen und Adressat*innen in Verbindung zueinander. Ihrem Verständnis nach hätten politische Programme also auch eine Signalfunktion an

andere Parteien. Wiesendahl (2022: 271) wirft in diesem Kontext die Frage auf, inwiefern Parteien ihre Programme an erwünschte Koalitionsoptionen anpassen würden. (Vgl. Merz / Regel 2013: 214ff)

Kercher / Brettschneider identifizieren in ihrer Arbeit von 2013 ein mehrfaches Verständlichkeitsdilemma von Wahlprogrammen: nach außen strebe eine Partei eine hohe Verständlichkeit ihres Wahlprogrammes an, damit die Wähler*innen wissen, wofür die Partei steht. Gleichzeitig mache die Partei sich mit klaren Formulierungen von politischen Konkurrent*innen angreifbar. Nach innen entstehen hohe Einigungskosten für konkrete Forderungen – gleichzeitig hat die Parteibasis ein höheres Interesse an Klarheit als die Parteiführung. Um einem Teil dieser Dilemmata entgegenzuwirken, habe sich eine Art Arbeitsteilung zwischen den Lang- und Kurzfassungen der Wahlprogramme etabliert. Während die Kurzprogramme vermehrt die nach außen gerichteten Funktionen erfüllen, erfüllen die Langprogramme eher die nach innen gerichteten Funktionen. (Vgl. Kercher / Brettschneider 2013: 274ff)

Im deutschsprachigen Raum sind quantitative Analysen von Wahlprogrammen gegenwärtig vorherrschend. Ebendiese Analysemethoden lassen sich in zwei Kategorien einteilen: Manuelle Methoden und automatische Methoden. Während die manuellen Methoden lange Zeit vorherrschend waren, sind die automatisierten Verfahren seit den 2000er Jahren im Aufschwung. Ein zentrales manuelles Forschungsprojekt im Bereich der Wahlprogrammforschung bildet das Manifesto Project. Dieses langfristig angelegte Forschungsprojekt besteht seit 1979 und umfasst Wahlprogramme aus über 50 Ländern von 1945 bis in die Gegenwart (vgl. Wiesendahl 2022: 273). Die Analyse im Manifesto Project übernehmen speziell hierfür ausgebildete Codierer*innen. Die Wahlprogramme werden in Quasi-Sätze unterteilt und bestimmten Kategorien zugeordnet. Über die Häufigkeit der entsprechenden Kategorien lassen sich Aussagen über die Programme ableiten. Bekannte automatisierte Verfahren sind Wordscores und Wordfish. Hier wird die Analyse anstelle von Codier*innen durch eine Software übernommen. In der BRD gilt die Dokumentenbasis von Programmanalysen als sehr gut, allerdings ist sie fast vollständig auf quantitative Analysen beschränkt. (Vgl. Merz / Regel 2013: 218f sowie Anan 2017: 39f)

Qualitative Analysen von Wahlprogrammen finden hingegen nur selten Anwendung. So bleiben Sinnzusammenhänge, politische Positionen und Ziele von Parteien zumeist

unbeachtet (vgl. Anan 2017: 39f sowie Wiesendahl 2022: 276). Oder wie Wiesendahl (2022: 277) es pointiert formuliert:

„Dem quantitativ-inhaltsanalytischen Forschungsansatz mangelt es an einer Einbettung in den programmgeschichtlichen, organisationsstrukturellen und strategischen Analyse- und Erklärungshintergrund von Parteien, um für die organisationzentrierte Parteienforschung fruchtbar gemacht zu werden.“

Der Entstehungsprozess von Wahlprogrammen ist bisher wenig erforscht. Die vereinzelte Forschung, die es gibt, befasst sich zumeist mit Einzelfällen und geht selten systematisch vor. Es lässt sich sagen, dass Programmarbeit nicht nach einem einheitlichen Muster abläuft (vgl. Wiesendahl 2022: 272). Dennoch lässt sich nach Merz / Regel (2013: 217) ein grober Ablauf umreißen: Für gewöhnlich würde zunächst eine Programmkommission durch den Parteivorstand eingesetzt. Diese Kommission erteile anschließend Schreibaufträge an Expert*innen innerhalb der Partei. So entstünde ein erster Programmentwurf. Ebendieser Entwurf ginge danach an die Parteiführung zur Überarbeitung. Der überarbeitete Entwurf würde schließlich parteiöffentlich diskutiert und erneut überarbeitet. Letztendlich entscheide in den meisten Fällen ein Parteitag über die finale Fassung des Wahlprogramms.

Monografische Studien zur Programmfassung finden sich zur SPD (Köser 1971), zur FDP (Mohrman 1986) und zur CDU (Reichart-Dreyer 2000). Aus diesen Studien lassen sich wenige systematische Erkenntnisse ableiten: Die Programmarbeit orientiert sich nicht an objektiven Problemen, sondern denjenigen Themen, die aufgrund der Ideologie der Parteimitglieder einer politischen Bearbeitung erfordern. Innerhalb der Parteien konkurrieren hierzu verschiedene subjektive Wahrheiten und Überzeugungen um Deutungshoheit. So können gewisse Probleme ignoriert werden oder aber auch Probleme identifiziert werden, die andere Parteien nicht als Probleme anerkennen. Die Diskussionen um Parteiprogramme sind mitnichten als deliberative Debatten zu begreifen, sondern unterliegen starken oligarchischen Einflüssen. Die Parteibasis kommt zumeist nicht über ein Anhörungs- und Konsultationsrecht hinaus. Programminnovationen entstehen daher nur durch proaktive und kooperierende Spitzenakteur*innen. (Vgl. Wiesendahl 2022: 272)

2.2 Klimakrise und -politik

In diesem Kapitel werden zunächst die zentralen wissenschaftlichen Kenntnisse zur Klimakrise und Klimapolitik zusammengetragen. Anschließend wird die Bedeutung des Pariser Klimaabkommens für die BRD nachgezeichnet. Schließlich widmet dieses Kapitel sich dem Framing als Theoriegerüst zur Analyse des Klimadiskurses. Auf diese Kenntnisse wird in der später folgenden Analyse der Wahlprogramme aufgebaut.

Klimawandel bedeutet eine Veränderung des Klimas, welche über eine längere Zeit Bestand hat und statistisch nachweisbar ist. Grundsätzlich kann eine solche Veränderung durch natürliche Ursachen ausgelöst oder durch den Menschen – also anthropogen induziert – werden. Der gegenwärtige menschliche Einfluss auf klimatische Veränderungen wird von den meisten Wissenschaftler*innen heutzutage als bedrohlich eingeschätzt. (Vgl. Töller / Böcher 2012: 49)

Die Klimakrise wiederum steht für die sozialen und ökologischen Konsequenzen, die aus dem Klimawandel folgen werden oder bereits eingetreten sind. Zu den ökologischen Folgen zählen unter anderem eine Häufung von Extremwetterereignissen wie Dürren oder Überschwemmungen sowie der Anstieg des Meeresspiegels; zu den sozialen Folgen hingegen zählen zum Beispiel der Anstieg von Armut und Hunger weltweit und damit einhergehende Fluchtbewegungen ebenso wie der Anstieg von Hitzetoden. (Vgl. Pörtner et al. 2022: 15ff)

Es herrscht ein fast vollständiger Konsens unter Klimaforscher*innen zum Zusammenhang der Erderwärmung mit der Häufung und Intensität von Hitzewellen, Trockenheit, Waldbränden, Wirbelstürmen oder Hochwasser und Überflutungen. (Vgl. Krell 2020: 31)

Das Weltklima ist ein hochkomplexer Forschungsgegenstand. Selbst anspruchsvolle Modelle, welche versuchen das globale Klima mit all seinen Facetten nachzubilden, stimmen mit den realen Klimadaten nur annäherungsweise überein. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Forschung keine Auskunft über die zukünftige Entwicklung des Klimas liefern kann; die Erkenntnisse sind lediglich mit Unsicherheiten verknüpft. Aus diesem Grund gibt das IPCC beispielsweise Grade der Wahrscheinlichkeit basierend auf der Übereinstimmung und Vollständigkeit der vorliegenden Daten für seine Annahmen heraus. (Vgl. Simonis 2017: 60)

Der im Rahmen des Klimadiskurses häufig erwähnte Treibhauseffekt ist zunächst erst einmal der Grund, warum die Erde eine Temperatur aufweist, in der menschliches Leben möglich ist. Die sich in der Troposphäre befindenden Treibhausgase (kurz: THG) brechen die einfallende Sonnenstrahlung zu einem Teil in Wärmestrahlung um und erwärmen so die Atmosphäre. Erhöht sich die Konzentration der Treibhausgase in der Troposphäre allerdings, so verstärkt sich ebendieser Treibhauseffekt und verursacht eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur auf der Erde. Aufgrund der langen Verweildauer von Treibhausgasen in der Atmosphäre² findet diese Reaktion allerdings ausgesprochen langsam, graduell und dadurch zeitverzögert statt. Die zeitverzögerte Reaktion und der langsame Abbau von Treibhausgasen aus der Atmosphäre bedeutet, dass die heute ausgestoßenen Emissionen noch lange Zeit einen Einfluss auf das Klima ausüben werden. Neben Kohlendioxid stellen Ozon, Methan und Stickstoffdioxid die relevantesten Treibhausgase dar. Ihre Treibhauswirkung liegt zum Teil weit über der von CO₂. Sie wird daher in CO₂-Äquivalenten angegeben (kurz: CO₂e). (Vgl. Simonis 2017: 44ff und Töller / Böcher 2012: 49)

Als Kipppunkte gelten im Kontext der Klimakrise Schwellen, an denen durch die Klimakrise Veränderungen ausgelöst wurden, die sie selbst immens verstärken und nicht umkehrbar sind: Als Beispiel gilt das Absterben der tropischen Korallenriffe, das Schmelzen arktischen Eises oder auch die Abschwächung des Golfstroms. Es lässt sich nicht definitiv sagen, ab welchem Temperaturanstieg und welcher CO₂-Konzentration in der Atmosphäre die verschiedenen Kipppunkte erreicht sind. Die gegenwärtige Forschung deutet jedoch darauf hin, dass bisherige Prognosen deutlich zu optimistisch waren und die Welt aktuell nicht mehr weit von einzelnen Kipppunkten entfernt ist. Weiterhin gibt es eine realistische Wahrscheinlichkeit, dass das Überschreiten von Kipppunkten weitere Kippelemente auslösen wird und sich die unumkehrbare Klimawirkung so noch einmal gegenseitig verstärkt. (Vgl. Krell 2020: 37ff)

Aus den oben angeführten naturwissenschaftlichen Erkenntnissen über den Klimawandel leitet sich die Klimapolitik ab. Aufgrund der vielschichtigen Auswirkungen

² CO₂ verbleibt beispielsweise etwa 50 bis 200 Jahre in der Atmosphäre.

und Verflechtungen der Klimakrise befassen sich nicht nur umweltpolitische Ressorts mit dem Thema, sondern beispielsweise ebenso die Agrar-, Forst-, Verkehrs-, Bau- und Wirtschaftspolitik. Zudem ist die Globalität der Klimakrise schwerlich von der Hand zu weisen. Daher ist die nationale Klimapolitik immer eingebettet in internationale Politik. (Töller / Böcher 2012: 49f)

Klimapolitik umfasst sowohl politische Maßnahmen, die darauf abzielen, die Klimakrise zu begrenzen als auch solche Maßnahmen, die Anpassungsprozesse an den Wandel des Weltklimas anstoßen (vgl. Böcher / Töller 2021: 49). Eine Fokussierung von Klimaanpassungspolitik fällt im gesellschaftlichen Diskurs häufig mit einer klimaskeptischen Haltung zusammen (vgl. Tereick 2016: 320). Klimaschutz gilt als ein Valenzissue, da über die grundlegende Zielsetzung ein weitgehender Konsens im demokratischen Spektrum der deutschen Parteienlandschaft besteht (vgl. Riebe / Marquardt 2022: 40).

2.2.1 Das Klimaabkommen von Paris und seine Bedeutung für die BRD

Das Pariser Klimaabkommen ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der bei der 21. Konferenz der Vertragsparteien (COP21) der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) im Dezember 2015 in Paris verabschiedet wurde. Das Abkommen zielt darauf ab, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, um ihn auf 1,5°C zu begrenzen. Die Bestrebung, die globale Erderwärmung unter 1,5°C zu halten, leitet sich daraus ab, dass die prognostizierten Klimarisiken sich mit dieser Reduzierung im Vergleich zur Begrenzung unter 2°C drastisch reduzieren lassen, auch wenn sie schwerwiegend bleiben (vgl. Allen et al. 2018: 13ff). Das Pariser Klimaabkommen gilt als ein Meilenstein in der internationalen Klimapolitik, da es die weltweite Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel stärkt und eine klare Richtung für den Übergang zu einer dekarbonisierten Wirtschaft vorgibt. Das Abkommen trat am 4. November 2016 in Kraft und wurde von fast allen Ländern der Welt ratifiziert. (Vgl. Bodle / Donat / Duwe 2016: 5ff)

Das Wuppertal Institut zeigte in einer Machbarkeitsstudie im Auftrag von Fridays for Future, dass der BRD zur Veröffentlichung im Jahr 2020 noch ein Rest-Treibhausgasbudget von etwa 4,2Gt CO₂e zur Verfügung stand (vgl. Kobiela et al. 2020: 26). Für gewöhnlich werden Klimaziele in Jahreszahlen und prozentualer

Reduktion angegeben. Allerdings ist für die Begrenzung der globalen Erderwärmung letztlich entscheidend, wieviel Treibhausgase kumuliert ausgestoßen werden. Bei einem linearen Reduktionsverlauf müsste die BRD laut dem Wuppertal Institut bereits bis 2030 klimaneutral sein (vgl. Kobiela et al. 2020: 11). Würde der Reduktionsverlauf nicht-linear angesetzt, sondern zunächst stärker reduziert, könnte die endgültige Klimaneutralität der BRD auf etwa 2035 hinausgezögert werden, ohne das Einhalten der Pariser Klimaziele zu gefährden (vgl. ebd.). Die Studie des Wuppertal Instituts belegt, dass das Einhalten des Pariser Klimaabkommens für die BRD und damit einhergehend das Erreichen von Klimaneutralität bis 2035 ausgesprochen anspruchsvoll, aber grundsätzlich machbar wäre (vgl. Kobiela et al. 2020: 10).

Das Wuppertal Institut gibt in seiner Studie Empfehlungen für die Bereiche Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr und Gebäude. Zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2035 wäre die Umstellung der Energiewirtschaft auf 100% erneuerbare Energien essenziell, was einem Ausbau von mindestens 15 bis 40 GW pro Jahr entsprechen würde. Hierfür würden neue energiepolitische Maßnahmen benötigt, insbesondere im Bereich der Windenergie. (Vgl. Kobiela et al. 2020: 40ff)

In der ökologischen Transformation der Industrie stellen mangelnde marktreife Technologien und die langen Lebensdauern bestehender Anlagen große Hürden dar. Empfohlen werden vier Leitlinien: die Umstellung auf erneuerbare Energien, die ausschließliche Neu-Errichtung von THG-neutralen Anlagen, die Einführung einer Kreislaufwirtschaft und die Einführung klimaschonender Technologien. Eine schnelle Umsetzung ist in der Industrie unabdingbar, um sogenannte Lock-In-Effekte in fossile Anlagen zu vermeiden. Es müssen vermehrt Förderungen in innovative Schlüsseltechnologien fließen. Ein ambitionierter CO₂-Mindestpreis wird ebenfalls dringend benötigt, reicht für sich stehend aber nicht aus. (Vgl. Kobiela et al. 2020: 56ff)

Um den Verkehr zu dekarbonisieren, müssen Verkehrsströme reduziert und umweltfreundlichere Verkehrsmittel wie öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußverkehr massiv ausgebaut werden. Der Umstieg auf Elektromobilität spielt eine zentrale Rolle. Für größere LKW könnte die Umstellung auf Brennstoffzellen und Wasserstoffantrieb eine Option sein. Aufgrund des hohen Zeitdrucks sind keine langen Übergangszeiten für Fahrzeuge mit Verbrennermotoren möglich. Im Güterverkehr ist der Aufbau von Oberleitungen entlang der Autobahnen eine sinnvolle Option. Weitere Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen im Verkehr umfassen die Förderung von

virtueller Mobilität, die Verteuerung des Flugverkehrs und verstärkte Push-Faktoren wie Tempolimits und höhere Parkgebühren. (Vgl. Kobiela et al. 2020: 74ff)

Die damalige Sanierungsrate von Gebäuden in der BRD müsste vervierfacht werden, um zeitgerecht Treibhausgasneutralität zu erreichen. Weiterhin müssten höhere Standards innerhalb dieser Sanierungen angestrebt werden. Wärmepumpen, solarthermische Anlagen sowie nachhaltige Nah- und Fernwärme müssten in der breiten Masse zum Einsatz kommen. Hierfür benötige es eine Sanierungssteuerung und Anreizsysteme. Suffizienzmaßnahmen zur Reduzierung der Wohnfläche pro Kopf sollten ebenfalls genutzt werden. (Vgl. Kobiela et al. 2020: 89ff)

2.2.3 Klimarahmenanalyse

Wissenschaftliche Erkenntnisse wie die drohende Klimakatastrophe müssen gesellschaftlich übersetzt werden, damit die Gesellschaft politisch zu diesem Thema handlungsfähig wird. Diese Übersetzung umfasst eine Anerkennung und Deutung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und wird sozialwissenschaftlich als Framing bezeichnet. (Vgl. Simonis 2017: 59) Es gibt zu einem Thema für gewöhnlich unterschiedliche Frames, die im Kampf um die Deutungshoheit miteinander konkurrieren. (Vgl. Matthes 2014: 9ff)

Matthes (2014: 12) definiert Frames wie folgt:

„Frames sind [...] (strategisch gefärbte) Blickwinkel auf politische Themen, die gewisse Informationen in den Vordergrund rücken und andere außen vor lassen.“

Entman (1993: 52) unterscheidet vier Frame-Elemente: Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Lösungszuschreibung und Handlungsaufforderung sowie explizite Bewertung. Allerdings enthalte nicht jeder Text alle vier Elemente und während sich manchmal alle vier Elemente in nur einem Satz finden, könnten ganze Absätze kein einziges Element beinhalten. Entman identifiziert vier Orte von Frames: Sie finden sich bei dem*der Sender*in, im Text [oder in anderweitigen Kommunikationsmitteln, Anmerkung d. V.], bei dem*der Empfänger*in sowie in der Kultur, innerhalb der die Kommunikation stattfindet. Entman macht zudem auf die Wichtigkeit der Salienz aufmerksam: Salienz bedeutet in etwa Auffälligkeit und bestimmt, welche Aspekte bei den Rezipient*innen im Kopf bleiben. So könnten bei einer Inhaltsanalyse nicht bloß positive und negative Aspekte addiert werden, sondern

sie müssten zudem auf ihre Auffälligkeit und Einprägsamkeit hin untersucht werden. (Vgl. Entman 1993: 52ff)

Der Framing-Ansatz ist in der politischen Kommunikationsforschung weit verbreitet, da er auf viele Bereiche der politischen Kommunikation anwendbar ist. Reese (2007) spricht daher vom Framing-Ansatz als einem Brückenkonzept, welches das Potenzial hat, die auseinanderdriftenden Forschungszweige der strategischen Kommunikation politischer Eliten, der journalistischen Verarbeitung des politischen Inputs und der Wirkung des journalistischen Outputs auf die Empfänger*innen anschlussfähiger aneinander zu machen. (Vgl. Matthes 2014: 12f)

Eine weitreichende Untersuchung des medialen Framing-Prozesses der Klimakrise für die BRD findet sich bei Neverla et al (2012).

3. Forschungsdesign und Methodik

Die vorliegende Arbeit ist eine Fallstudie und nutzt die Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring. Der untersuchte Fall ist die Veränderung des Framings der Klimakrise durch die CDU/CSU in den Bundestagswahlkämpfen 2017 und 2021. Hierzu wird sich theoretisch der aktuellen Erkenntnisse der Partei-Wandel-Forschung sowie des Framing-Begriffs nach Entman bedient. Die Fallstudie soll Auskunft darüber geben, welche Begebenheiten die CDU/CSU zu einer eventuellen Veränderung ihrer klimapolitischen Position bewogen haben. Die vorliegende Arbeit ist in den Bereich der Fallstudien mit ‚most similar systems – different outcomes‘ (vgl. Pickel 2016: 24) einzuordnen, da zwei zeitlich aufeinander folgende Wahlprogramme derselben Parteien untersucht werden. Die einzigen bestehenden Abweichungen sind also die Rahmenbedingungen der Erstellung und daher der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit in Verbindung mit den unterschiedlichen klimapolitischen Positionierungen.

Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring ist eine systematische und regelgeleitete Herangehensweise zur Analyse von Texten. Mit ihrer Hilfe können – ähnlich wie mit quantitativen Methoden – große Materialmengen analysiert werden. Im Gegensatz zu quantitativen Analysen können mit der qualitativen Inhaltsanalyse allerdings Sinngehalte aus den untersuchten Materialien erfasst werden. Bestandteil der

qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ist neben der Untersuchung des Textmaterials immer auch eine Betrachtung des Entstehungskontextes des Materials sowie eine theoretische Einbettung ebendessen. (Vgl. Mayring / Fenzel 2022: 691ff)

Im Rahmen des Manifesto Project wurden alle Bundestagswahlprogramme der CDU/CSU seit 1945 quantitativ untersucht. Vergleicht man die Programme 2017 und 2021, so lässt sich eine statistisch signifikant höhere Häufung von umweltpolitischen Äußerungen im Wahlprogramm von 2021 entdecken (vgl. Müller / Schürmann 2021). Allerdings lässt diese Erkenntnis noch keine Aussage darüber zu, inwiefern sich die inhaltliche Positionierung der Parteien verschoben hat. Vorstellbar wäre beispielsweise eine häufigere Erwähnung des Themas ohne eine inhaltliche Positionsverschiebung. Aus diesem Grund ist die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring im vorliegenden Fall die Methodik der Wahl, da Sinnzusammenhänge im Text, welche über eine reine Häufigkeit bestimmter Begriffe hinausgehen, hiermit erfasst werden können. Weiterhin wird die, im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring, nötige Untersuchung des Entstehungskontextes dienlich sein, um mögliche Veränderungen mit den aktuellen Erkenntnissen der Partei-Wandel-Theorie in Zusammenhang zu bringen und so die Ursachen für ebendiese Veränderungen ausfindig zu machen.

Die Grundformen der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring umfassen die Zusammenfassung, die Explikation und die Strukturierung. Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Strukturierung. Bei strukturierenden qualitativen Inhaltsanalysen werden die Kategorien deduktiv hergeleitet – das heißt sie werden vor der Arbeit am Text theoriegeleitet entwickelt. In diesem Fall geschieht dies auf Grundlage der vier Elemente eines Frames von Entman aus dem Jahr 1993.

Vor Durchführung einer qualitativen Inhaltsanalyse wird ein Ablauf festgelegt, um die Untersuchung transparent und intersubjektiv nachvollziehbar zu machen. Dieser Ablauf orientiert sich am Modellablauf von Mayring, muss allerdings auf die Besonderheiten jeder Forschung individuell angepasst werden. (Vgl. Mayring 2015: 50ff)

Ebendieser Ablauf stellt sich in der vorliegenden Arbeit folgendermaßen dar:

1. Festlegung der Forschungsfrage
2. Auswahl des Materials inklusive der Einordnung in ihren Kommunikationszusammenhang auf Grundlage der acht relevanten Aspekte der Policy-Change-Forschung

3. Erstellen eines Kategoriensystems inklusive eines Kodierleitfadens
4. Unterteilung des Materials in Einheiten
5. Probekodierung und gegebenenfalls Überarbeitung des Kategoriensystems
6. Hauptkodierung
7. Intercoderübereinstimmung
8. Auswertung und Darstellung der Ergebnisse

3.1 Fall- und Materialauswahl

Die CDU/CSU gilt, orientiert an ihren Wahlergebnissen, als erfolgreichste Partei der BRD (vgl. Decker / Neu 2018: 246). Ihre klimapolitische Haltung dürfte also maßgeblich dafür sein, ob es der BRD gelingt, die Klimaziele des Pariser Abkommens einzuhalten. Da laut der Partei-Wandel-Forschung gerade Volks- und Mitte-Rechts-Parteien empfindlich auf Veränderungen in der öffentlichen Meinung reagieren (vgl. Fagerholm 2016: 505f) und sich die öffentliche Meinung zum Klimaschutz im Untersuchungszeitraum verändert hat (vgl. Riebe / Marquardt 2022: 42ff), lassen sich bei der CDU/CSU vermutlich signifikante Veränderungen in der Klimapolitik von 2017 bis 2021 finden.

Als zu untersuchendes Material wurden die Bundestagswahlprogramme der Unionsparteien aus den Jahren 2017 und 2021 gewählt. Die Entscheidung fiel auf Bundestagswahlprogramme, da ebendiese die Haltung der gesamten Parteien widerspiegeln (vgl. Reichart-Dreyer 2000: 29). Wahlprogramme richten sich an Parteimitglieder sowie gewählte Vertreter*innen der Partei, die Öffentlichkeit, Wähler*innen, Medien und andere Parteien (vgl. Merz / Regel 2013: 214ff). Es wurden die Wahlprogramme 2017 und 2021 ausgewählt, da zwischen diesen beiden Wahlen die Klimabewegung ‚Fridays for Future‘ entstand, welche die öffentliche Meinung zur Klimakrise beeinflusste. Weiterhin galt die Wahl 2021 gemeinhin als ‚Klimawahl‘, da sie im Ergebnis die letzte Regierung stellen würde, welche die BRD noch auf einen klimagerechten Pfad zur Einhaltung des 1,5°C-Ziels von Paris bringen könne. (Vgl. Riebe / Marquardt 2022: 42ff und Koos / Naumann 2019: 7ff)

3.2 Datengrundlage und Operationalisierung

Zunächst wird das Bundestagswahlprogramm 2017 der CDU/CSU kodiert und anschließend das Bundestagswahlprogramm 2021. Die Kodiereinheit – also der

kleinste zu kodierende Textbestandteil – umfasst ein Wort. Die Kontexteinheit – also der größte zu kodierende Textbestandteil – umfasst ein Unterkapitel, damit der Sinnzusammenhang zur Klimakrise durchweg herstellbar ist.

Der Kodierleitfaden inklusive Definitionen, Ankerbeispielen und Kodierregeln findet sich im Anhang dieser Arbeit. Die Kategorien wurden anhand der vier Elemente eines Frames (Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Lösungszuschreibung / Handlungsaufforderung sowie explizite Bewertung) nach Entman (1993) deduktiv entwickelt.

Im Rahmen der Analyse wird das gesamte Material untersucht. Hierbei kann ein Zitat mehreren Kategorien zugeordnet werden. Dies liegt darin begründet, dass laut Entman, an dessen Theorie die Kategorien angelehnt sind, ein einzelner Satz theoretisch alle vier Aspekte eines Frames gleichzeitig beinhalten kann (vgl. Entman 1993: 52). Die Zuordnung zu einer Kategorie schließt demnach nicht aus, dass das Zitat ebenfalls in eine oder mehrere weitere Kategorien fällt.

Anhand der in 2.1.1 acht Kriterien für einen Wandel der Policy Positionierungen einer Partei werden die Entstehungskontexte der Wahlprogrammerstellung untersucht.

4. Die Unionsparteien CDU und CSU

4.1 Historie

Im Folgenden wird die Historie der Christlich-Demokratischen Union (kurz: CDU) und Christlich-Sozialen Union (kurz: CSU) von der Gründung bis nach der Bundestagswahl 2013 nachgezeichnet. Hierüber hinausgehende Entwicklungen werden in der Analyse der Entstehungskontexte der Bundestagswahlprogramme 2017 und 2021 aufgegriffen.

Die CDU wurde 1945 gegründet und führte verschiedene Strömungen aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus zusammen. Christliche Werte und der Antikommunismus bildeten ideologisch die gemeinsamen Nenner dieses Verbandes. Die CSU hingegen wurde 1946 gegründet und von der amerikanischen Militäradministration seinerzeit als überkonfessioneller Verein anerkannt. Die zunächst lockere Organisationsstruktur der CDU findet sich bis heute im Verhältnis zur Schwesterpartei CSU wieder: Seit 1949

bilden sie eine Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag und die CSU eine Art Ersatz der CDU in Bayern. (Vgl. Decker / Neu 2018: 242; 264)

Konrad Adenauer, welcher von 1949 bis 1963 Bundeskanzler der schwarz-gelben Regierung der BRD war, prägte zu Beginn das Selbstverständnis der CDU stark. Neben einer deutlichen Westbindung gehörten hierzu die soziale Marktwirtschaft, eine konservative Kultur- und Familienpolitik sowie weiterhin der Antikommunismus. Organisatorisch war die CDU dieser Zeit schwach entwickelt und wurde vorrangig aus dem Kanzleramt heraus geführt. Unter Adenauers Nachfolgern Ludwig Erhard (1963-1966) und Georg Kiesinger (1966-69) traten vermehrt Konflikte innerhalb der Partei auf. (Vgl. Decker / Neu 2018: 242)

Unter dem Vorsitz von Hanns Seidel (1955-1961) schwand der zu Beginn die CSU konstituierende konservative Traditionalismus. Diese Entwicklung beschleunigte sich weiter unter Franz-Josef Strauß (1961-1988), welcher die CSU zu einer modernen Flächenorganisation entwickelte und den Wirkungsraum über Bayern hinaus ausdehnte. Strauß gehörte während seiner Amtszeit zunächst dem Bundestag an, während Alfons Goppel (1962-1978) Ministerpräsident Bayerns war. In dieser Zeit baute die CSU Bayern vom Agrarstaat zum modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort um. (Vgl. Decker / Neu 2018: 264f)

1969 befand sich die CDU/CSU erstmals auf Bundesebene in der Opposition. Die Oppositionszeit wurde für eine organisatorische und programmatische Neuorientierung der CDU genutzt, wodurch die innerparteiliche Demokratie und der Mitgliederzuwachs gestärkt wurden. Der neue Parteivorsitzende Helmut Kohl priorisierte ab 1973 den weiteren Ausbau der professionellen Organisation und programmatischer Debatten. Das soziale Profil der Partei wurde in dieser Zeit gestärkt und kulturell wurde die Partei liberaler. Derweil scheiterte 1976 der Versuch seitens Franz-Josef Strauß, die CSU aus der Unionsgemeinschaft mit der CDU zu lösen. Zwei Jahre später übernahm er das Ministerpräsidentenamt in Bayern. Als gemeinsamer Kanzlerkandidat der Unionsparteien fuhr er 1980 eine Wahlniederlage ein. Strauß' Ansehen in der Partei litt hierunter massiv, weshalb er sich weitgehend aus der Bundespolitik zurückzog und auf die bayerische Landespolitik fokussierte. So wurde Kohl wieder zur alleinigen Führungsfigur der Unionsparteien auf Bundesebene und war ab 1982 für 16 Jahre Bundeskanzler in einer Koalition aus CDU / CSU und FDP. In der Regierungszeit knüpfte die Partei gleichermaßen an Adenauers Grundlinien wie

an den Erneuerungsprozess seit 1973 an. Ende der 80er Jahre kündigte sich aufgrund der schlechten finanziellen Lage, Mitgliederschwund, schlechten Wahlergebnissen bei mehreren Landtags- und der Europawahl sowie einer Verschiebung der Macht von Parteigremien ins Kanzleramt eine Parteikrise an. Die Wiedervereinigung ebnete Kohls Machterhalt in dieser Zeit, da es ihm gelang, sich als deren zentraler Gestalter zu positionieren. Der Zusammenschluss mit der Ost-CDU bot der Partei einen relevanten Startvorteil gegenüber ihrer größten Konkurrentin, der SPD. Hohe Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern bei der Bundestagswahl 1990 bewahrten die CDU vor einer Wahlniederlage. Mitte der 90er Jahre traten die Krisensymptome mit voller Wucht wieder hervor – die Staatsverschuldung hatte sich aufgrund der hohen Kosten der Wiedervereinigung weiter erhöht und die Arbeitslosigkeit stieg auf ein Rekordhoch. Zudem fehlte der CDU nach dem Zusammenbruch der UdSSR ein klares Feindbild für ihren Antikommunismus. Das neue Grundsatzprogramm von 1994 wurde stark von der Parteispitze bestimmt und konnte die Parteikrise daher nicht besänftigen. (Vgl. Decker / Neu 2018: 242ff)

Nach Franz-Josef Strauß' Tod 1988 wurde Theo Waigel der neue Parteivorsitzende der CSU und Max Streibl Bayerischer Ministerpräsident. Streibl musste allerdings fünf Jahre später aufgrund eines Korruptionsskandals zurücktreten. Hierauf wurde der bisherige bayerische Innenminister Edmund Stoiber neuer Ministerpräsident. Unter seiner politischen Führung entwickelte sich Bayern zum modernen Technologiestandort. Der Parteivorsitzende Theo Waigel war zeitgleich Bundesfinanzminister und gilt aufgrund seines europapolitischen Fokus als ein zentraler Architekt der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Aus diesem Grund war der bundespolitische Einfluss der CSU in dieser Zeit wieder stärker. In den 90er Jahren trat eine verstärkte Konkurrenz zwischen Waigel und Stoiber auf. Schließlich gelang Stoiber 1999 die Übernahme des Parteivorsitzes. Die Landtagswahl 2003 gewann die CSU haushoch mit einer Zweidrittelmehrheit und hatte so nochmals erweiterte Handlungsspielräume in der Landesregierung. In den Folgejahren ging Stoiber vermehrt zu einem autoritären Führungsstil über und wurde schließlich von seinen Nachfolgern Erwin Huber und Günther Beckstein dazu gebracht, 2007 nicht erneut zu kandidieren. Huber übernahm den Parteivorsitz und Beckstein das Ministerpräsidentenamt. Stoiber nutzte seinen verbleibenden Einfluss und baute Horst Seehofer als Alternative zu den beiden auf, welcher 2008 zum Parteivorsitzenden und Landesministerpräsidenten wurde. Nach einer schwarz-gelben Koalition erlang die

CSU nach der Landtagswahl 2013 die Alleinregierung zurück. Seehofers Führungsstil näherte sich anschließend Stoibers an, was innerparteilich kritisiert wurde. Um die Landtagswahl 2017 verstärkte sich die Konkurrenz zwischen Markus Söder und Horst Seehofer. (Vgl. Decker / Neu 2018: 266f)

1998 verlor die CDU die Mehrheit auf Bundesebene. Insbesondere in den neuen Bundesländern verlor sie zahlreiche Stimmen. Wolfgang Schäuble wurde zu dieser Zeit neuer Parteivorsitzender, der allerdings 2000 aufgrund einer Spendenaffäre von Helmut Kohl zurücktreten musste. Angela Merkel wurde sodann neue Parteivorsitzende und die erste Frau an der Spitze der CDU. Sie brach mit Kohl, welcher fortan eine umstrittene Person in der CDU darstellte. Unter Merkel kamen zahlreiche jüngere, eher unbekannte Politiker*innen in Führungspositionen. Inhaltlich richtete sich die Partei vermehrt reformorientiert und liberal aus. Mit Edmund Stoiber (CSU) als Kanzlerkandidat verlor die CDU 2002 die Mehrheit bei der Bundestagswahl knapp. Gemeinsam mit der Übernahme des Fraktionsvorsitzes stärkte dies Merkels Position und ihren Anspruch auf die folgende Kanzlerkandidatur. 2005 verschaffte schließlich vor allem die schlechte Wirtschaftslage der CDU den Wahlsieg bei der Bundestagswahl. Allerdings reichten die Ergebnisse lediglich für eine Koalition mit der SPD, statt wie gewünscht mit der FDP. Daher musste die CDU politische Kompromisse eingehen und sich teilweise von ihren marktliberalen Reformplänen abwenden. Dies verursachte eine öffentliche Auseinandersetzung über die programmatische Entwicklung der Partei. Nach der Bundestagswahl 2009 konnte die CDU wieder eine Koalition mit der FDP eingehen. Merkels starker Einfluss in der Partei drückte sich in dieser Zeit sowohl personell als auch inhaltlich zum Beispiel durch den Ausbau von Kindertagesstätten, die Aussetzung der Wehrpflicht oder den Atomausstieg aus. Die zugeschriebene Wirtschaftskompetenz verschaffte der CDU 2013 einen erneuten Wahlsieg. Ihr Wunsch-Koalitionspartner FDP verpasste allerdings den Einzug ins Parlament aufgrund der 5%-Hürde. So musste die CDU erneut eine Koalition mit der SPD eingehen. In dieser Koalition feierte die CDU vor allem finanz- und wirtschaftspolitische Erfolge. Gleichzeitig zerstritten sich die CDU und CSU in dieser Legislaturperiode öffentlich über die Flüchtlingspolitik. Derweil feierte die AfD bei mehreren Landtagswahlen Erfolge mit einer relevanten Wählerwanderung von der CDU/CSU. Durch das Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag boten sich der CDU weniger Koalitionsoptionen als ihrer zentralen Konkurrentin der SPD. Aus diesem Grund öffnete sie sich beispielsweise gegenüber den Grünen in verschiedenen

Koalitionen auf Landesebene. (Vgl. Decker / Neu 2018: 244ff)

4.2 Programmatik

Die CDU gehört der christdemokratischen Parteienfamilie an. Allerdings hat sie im Gegensatz zu ihren Schwesterparteien einen geringeren Bezug zur christlichen Soziallehre und Religion. Im Vergleich finden sich bei der CDU inhaltlich mehr liberale und konservative Akzente. Insbesondere in den Regierungszeiten von Kohl und Merkel nahm die CDU vermehrt liberale Positionen in ökonomischen, sozialen und ethisch-moralischen Fragen ein. Grundlegende Reformen ergaben sich unter beiden KanzlerInnen aus dem Tagesgeschäft der Regierungspolitik heraus; so entstand beispielsweise die Aussetzung der Wehrpflicht und der Atomausstieg. (Vgl. Decker / Neu 2018: 251ff)

Hemmelmann arbeitete in einer Analyse der Grundsatz- und Wahlprogramme der CDU von 1949 bis 2013 heraus, dass die von der Partei selbst am meisten hervorgehobenen Politikfelder die Wirtschafts-, Sozial-, und Außenpolitik sowie die politische und gesellschaftliche Ordnung sind (vgl. Hemmelmann 2017: 214ff). Dies deckt sich mit der Kompetenzzuschreibung durch die Bevölkerung: sie schreibt der CDU in den Feldern der Wirtschafts-, Finanz- und Sicherheitspolitik eine im Vergleich zu anderen Parteien herausragende Kompetenz zu (vgl. Gabriel 2013: 330ff).

Im Rahmen des Manifesto Project wurden die in dieser Arbeit zu untersuchenden Bundestagswahlprogramme der CDU/CSU von 2017 und 2021 auf die Häufigkeit der Erwähnung von Klima- und Nachhaltigkeitspolitik untersucht. Hierbei stellte sich ein leichter Anstieg von Klima- und Nachhaltigkeitspolitik im Wahlprogramm der CDU/CSU von 2021 im Vergleich zu 2017 heraus. (Vgl. Müller / Schürmann 2021)

In ihrem 2022 veröffentlichten Werk „Der politische Klimadiskurs“ untersuchen Lea Busch und Lothar Mikos die Grundsatzprogramme der letzten 40 Jahre der im Bundestag vertretenen Parteien sowie ergänzend die Bundestagswahlprogramme ebendieser aus den Jahren 1983, 2017 und 2021 in Bezug auf den Klimadiskurs. Bei der CDU/CSU zeigte sich folgendes Bild: Im Bundestagswahlprogramm der beiden Parteien von 1983 spielte Klimaschutz noch keine Rolle. Zentrale Aktionsfelder des damaligen Umweltdiskurses, wie der Schutz von Wäldern und die Luftreinhaltung, wurden allerdings aufgegriffen. 1993 griff die CSU in ihrem Grundsatzprogramm das Thema Klimakrise gar nicht auf. Umweltschutz spielte allerdings eine relevante Rolle.

In diesem Bereich betonte die Partei ihre besondere Kompetenz. Im Grundsatzprogramm der CDU von 1994 wird die Klimakrise aufgegriffen, allerdings wenig thematisiert. Anderweitige Umweltpolitik dominiert diesen Aspekt des Programmes und kommt im Verhältnis zu klassischen Politikfeldern der Union – wie beispielsweise Sicherheitspolitik – ebenfalls nur geringfügig vor. 2007 schließlich thematisierte die CDU die Klimakrise etwas ausführlicher, gemessen an der Häufigkeit von anderen Umweltthemen oder gar Sicherheitspolitik allerdings immer noch kaum. Die Gefahren der Klimakrise wurden hier jedoch konkreter benannt als zuvor. Auch findet sich erstmals ein Bekenntnis zu Klimazielen im Rahmen eines CDU-Grundsatzprogramms. Mit einer Begrenzung der globalen Erderwärmung unter 2°C, 20% Erneuerbare Energien sowie 30% Reduktion der THG-Emissionen bis 2020 bleiben diese Ziele allerdings hinter denen der damaligen Großen Koalition zurück. Das ebenfalls 2007 veröffentlichte Grundsatzprogramm der CSU thematisierte die Klimakrise gleichermaßen häufiger als die vorhergehenden Programme. Laut dem Programm sei eine präventive Umweltpolitik unabdingbar, welche konservativen und christlichen Werten entspreche. 2016 wurde das nächste Grundsatzprogramm der CSU veröffentlicht, in dem der Klimakrise erneut eine wichtigere Rolle zugewiesen wurde. Hier wurde die Klimakrise als Bedrohung für den weltweiten Frieden bezeichnet. Die CSU thematisierte die Klimakrise ebenda insbesondere im Kontext von möglichen Fluchtbewegungen als Gefährdung. Im Bundestagswahlprogramm der beiden Parteien von 2017 wurde die Umweltpolitik als wichtiges Anliegen der Unionsparteien bezeichnet. Abgestellt wurde hierzu auf das Narrativ der Bewahrung der Schöpfung als zentrales konservatives, christliches Anliegen. Die zentrale Haltung ‚Markt statt Gesetze‘ ist auch in diesem Programm tongebend. Die Parteien bekennen sich zum Klimaschutzabkommen von Paris und betonen seine Relevanz. Über Paris hinausgehende Ziele werden nicht benannt. Bezüglich politischer Maßnahmen wird auf den Klimaschutzplan 2050 der Großen Koalition verwiesen. (Vgl. Busch / Mikos 2022: 107ff)

2018 erarbeitete die CDU Leitfragen für ein neues Grundsatzprogramm, welche mit der grundlegenden Haltung der Partei zur Klimakrise nicht brechen. Zur Veröffentlichung des Buches von Busch und Mikos war dieses Programm noch nicht fertiggestellt und fand somit keine Berücksichtigung. (Ebd.)

Im Bundestagswahlprogramm 2021 stellten die Unionsparteien sich als Volksparteien

dar, welche Klimaschutz für die gesamte Bevölkerung machen würden. Klima- und Umweltschutz wurden als zentrale christliche Themen bezeichnet. Die Klimaneutralität solle bis 2045 erreicht werden und gelte gemeinsam mit der Biodiversität und dem Schutz der Wälder als Überlebensfrage der Menschheit. Die Parteien setzen weiterhin auf die Strategie ‚Anreize statt Verbote‘, so solle beispielsweise kein Diesel-Fahrverbot oder allgemeines Tempolimit für Autobahnen kommen. Die als klimaschädlich geltende Luftfahrt solle durch Innovationen wieder attraktiver gemacht werden. (Ebd.)

Vergleicht man die Grundsatzprogramme der letzten 40 Jahre, so zeigt sich eine leicht stärkere Thematisierung der Klimakrise bei der CSU als bei der CDU. Insgesamt ist im Verlauf der Jahre eine Verschiebung des Diskurses von wissenschaftlichen hin zu sozio-ökonomischen Aspekten zu beobachten. (Ebd.)

4.3 Organisation

Die CDU / CSU ist föderal strukturiert. Seit den 1970er Jahren weisen die Unionsparteien einen relativ großen Mitgliederbestand auf, welcher allerdings in der Tendenz sinkt. (Vgl. Decker / Neu 2018: 255)

Das Bundeskanzleramt – beziehungsweise in Oppositionszeiten der Fraktionsvorsitz – und der Parteivorsitz liegen zumeist in Personalunion. Dies garantiert eine hohe Autorität des*der Vorsitzenden und ein einheitliches Handeln von Regierung, Fraktion und Partei. (Vgl. Decker / Neu 2018: 255)

Als Vereinigungen führt die CDU auf ihrer Webseite die Junge Union Deutschlands, die Frauen Union, die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, die Kommunalpolitische Vereinigung, die Mittelstands- und Wirtschaftsunion, die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung und die Senioren-Union auf. Als Sonderorganisationen werden ebenda der Evangelische Arbeitskreis und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten genannt. (Vgl. CDU 2023)

4.4 Parteitypus und Wähler*innenschaft

Die CDU / CSU gilt als die Volkspartei schlechthin. Ausgehend von ihren Wahlergebnissen kann sie als die erfolgreichste Partei in der Historie der BRD angesehen werden: Mit den Ausnahmen 1972, 1998 und 2021 erreichte sie bei jeder Bundestagswahl das höchste Wahlergebnis aller antretenden Parteien. Allerdings schmälert sich ihr Stimmenanteil aufgrund der sich wandelnden Wähler*innenstruktur

und vermehrter Wechselwahl seit 1983 stetig. Die Wähler*innenschaft der CDU / CSU besteht vor allem aus Katholik*innen; Protestant*innen wählen insbesondere dann die CDU / CSU, wenn sie selbst regelmäßig in die Kirche gehen. Obwohl die Wahlergebnisse der Unionsparteien denen einer Volkspartei entsprechen, zeigen sich bei den Berufsgruppen der Wähler*innenschaft teilweise Differenzen. Während Landwirt*innen früher eine zentrale Wähler*innengruppe der Union waren, ist diese Gruppe heute fast zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Viele Wähler*innen finden sich zudem unter den Selbstständigen, wenngleich seit den 90ern einige von ihnen an die FDP verloren wurden. Den geringsten Wähler*innenanteil haben die Unionsparteien bei den Arbeiter*innen. Bei den Angestellten zeigt sich seit den 90ern ein wechselhaftes Bild. Beamte hingegen sind den Unionsparteien treu geblieben und wählen diese nach wie vor überdurchschnittlich oft. (Vgl. Decker / Neu 2018: 246ff)

Die Regierung zu stellen – also das ‚office-seeking‘ – ist das primäre Parteiziel der CDU/CSU. Um dieses Ziel zu erreichen, wird zudem ein hoher Wähler*innenstimmenanteil angestrebt – das ‚vote-maximising‘. Die Ziele ‚policy-seeking‘ und ‚intra-democracy-maximising‘ werden dem Ziel, die Regierung zu stellen, untergeordnet. (Vgl. Zolleis / Schmid 2015: 45ff)

5. Analyse der Wahlprogramme

5.1 Bundestagswahlprogramm der CDU/CSU 2017

Im Folgenden wird das Wahlprogramm der CDU/CSU zur Bundestagswahl 2017 analysiert. Zunächst wird der Entstehungskontext anhand der acht aus der aktuellen Partei-Wandel-Forschung herausgearbeiteten Kriterien nachgezeichnet. Danach werden die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse des Wahlprogramms dargestellt.

5.1.1 Entstehungskontext

Das Wahlprogramm der CDU/CSU zur Bundestagswahl 2017 wurde am 03.07.2017 veröffentlicht (vgl. CDU/CSU 2017). Einen Wechsel des Führungspersonals, Wandel der dominierenden Strömung innerhalb der Partei oder eine Strukturänderung der

Partei gab es im Vorlauf nicht. Bei der vorhergehenden Bundestagswahl 2013 erlangte die CDU/CSU mit 41,5% ihr bestes Wahlergebnis seit 1990 (vgl. Infratest dimap 2013). Aufgrund der Tatsache, dass die FDP die 5%-Hürde verpasst hat, führte die CDU/CSU die Große Koalition mit der SPD nach der Wahl 2013 fort (vgl. Niedermayer 2015: 105). Im Vorlauf zur Bundestagswahl 2017 empfand nur ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung Klimapolitik als ein wichtiges politisches Betätigungsfeld (vgl. Riebe / Marquardt 2022: 41ff). Die Prognosen für die deutsche Wirtschaft sowie die Weltwirtschaft waren im Vorlauf zur Wahl 2017 positiv (vgl. Fichtner et al. 2017).

5.1.2 Framing der Klimakrise

Im kommenden Abschnitt werden die vier Elemente eines Frames (Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Lösungszuschreibung / Handlungsaufforderung und explizite Bewertung) in Bezug auf die Klimakrise im Wahlprogramm der CDU/CSU zur Bundestagswahl 2017 präsentiert.

Problemdefinition

Die CDU/CSU definiert die Klimakrise als Bedrohung, welche insbesondere „in den ärmsten Ländern dieser Welt“ (CDU/CSU 2017: 66), „aber auch in unseren gemäßigten Breiten“ (CDU/CSU 2017: 68) zu „irreversiblen Schäden führen“ (ebd.) könnte. Betroffen seien laut ihr „vor allem unsere Kinder und Enkel“ (ebd.). Die Klimakrise stelle laut ihr eine gemeinsame geostrategische Verantwortung der EU für Freiheit und Frieden dar (vgl. CDU/CSU 2017: 55f).

Ursachenzuschreibung

Ursächlich für die Klimakrise sind laut CDU/CSU im Wahlprogramm 2017 die weltweit wachsende Bevölkerung sowie der wachsende Wohlstand, welche den Verbrauch an Rohstoffen und die Emissionen von CO₂ steigerten (vgl. CDU/CSU 2017: 6). Weiterhin sehen die Parteien einen „jahrzehntelangen Raubbau an den Ressourcen der Natur weltweit“ verantwortlich für alle großen Umweltprobleme, wie beispielsweise die Klimakrise oder das Artensterben. (CDU/CSU 2017: 67)

Handlungsaufforderung / Lösungszuschreibung

Die CDU/CSU betont die Wichtigkeit des Klimaschutzes für sie, um „allen Menschen in Deutschland ein Leben in einer gesunden und intakten Umwelt“ zu ermöglichen.

(CDU/CSU 2017: 67) Die Parteien sehen es als ihre Aufgabe an, zu beweisen, „dass intakte Umwelt, Wachstum und Wohlstand keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille“ seien. (CDU/CSU 2017: 6) Dies betonen sie erneut an anderer Stelle und nennen „den Einsatz modernster Technologie“ als einzige Lösung für die großen gegenwärtigen Umweltprobleme wie die Klimakrise. (CDU/CSU 2017: 67) Sie bekennen sich zum Pariser Klima-Abkommen (vgl. CDU/CSU 2017: 6) und den gegenwärtigen Energie- und Klimazielen der BRD (vgl. CDU/CSU 2017: 69). Um diese zu erreichen, möchten sie marktwirtschaftliche Instrumente einsetzen (ebd.). Um Wirtschaft und Klimaschutz nach eigener Aussage in Einklang zu bringen, bieten sie für verschiedene Zweige der deutschen Wirtschaft wie die Logistik (vgl. CDU/CSU 2017: 16), die Automobilindustrie (vgl. CDU/CSU 2017: 47f) aber auch die Landwirtschaft (vgl. CDU/CSU 2017: 19f) Vorschläge an, wie dies zu bewerkstelligen sei. Diese Vorschläge umfassen Förderungen, welche technische Innovationen wie die Präzisionslandwirtschaft und alternative Antriebe beschleunigt zur Marktreife bringen sollen, um die jeweilige Branche klimafreundlicher zu machen (vgl. CDU/CSU 2017: 16; 47f; 54). Weiterhin solle der Güterverkehr auf der Schiene durch verbesserte Wettbewerbsbedingungen gestärkt werden (vgl. CDU/CSU 2017: 19f). Klimapolitische Auflagen dürften laut ihnen nicht zur Verlagerung von Arbeitsplätzen in Ländern mit geringen Umweltstandards führen (vgl. CDU/CSU 2017: 10). Die Parteien sehen Dieselfahrzeuge als wichtige Option wegen ihres geringeren CO₂-Ausstoßes gegenüber Benzinern an, solange sich die Elektromobilität noch nicht durchgesetzt habe (vgl. CDU/CSU 2017: 47f). Neben der Förderung des Markthochlaufs alternativer Antriebe wollen die Parteien eine flächendeckende Lade- und Tankinfrastruktur für die Elektro- und Wasserstoffmobilität aufbauen (ebd.). Insbesondere in den Städten solle die Elektromobilität gefördert werden (ebd.). Ein besonderes Potenzial sehen die Parteien in der Umrüstung von Fahrzeugen mit besonders hoher Fahrleistung „wie Fuhrparks von Behörden, Handwerksbetrieben und Taxiunternehmen, von Bussen und Bahnen“ (ebd.). Weiterhin fordern die CDU/CSU Städte auf, die Fahrrad-Mobilität zu stärken (ebd.). Hierzu wollen sie selbst auf Bundesebene Förderungen von Radschnellwegen einführen (ebd.). Die Fördermöglichkeiten nach KfW Effizienzstandards für Neubauten solle laut den Parteien angepasst werden, um junge Familien zu entlasten (vgl. CDU/CSU 2017: 26f). Die Digitalisierung wird als Möglichkeit begriffen, zentrale Bereiche der Klimaschutzpolitik wie beispielsweise den Verkehrssektor, die Energieversorgung oder die Landwirtschaft klimafreundlicher zu

machen (vgl. CDU/CSU 2017: 54). Im Verkehr solle dies „durch die intelligente Vernetzung verschiedener Verkehrsangebote und Shared Mobility“ passieren sowie durch eine intelligente Steuerung des Verkehrsflusses (vgl. CDU/CSU 2017: 47f). Bei der Energiewende könne eine Vernetzung von Erzeugung, Vermarktung und Verbrauch die Versorgungssicherheit erhöhen und zudem Kosten begrenzen (vgl. CDU/CSU 2017: 54). Die Digitalisierung biete weiterhin die Möglichkeit, Umweltschäden zu verhindern, namentlich genannt werden in diesem Kontext die Bodenerosion, der Schutz der Regenwälder sowie der Meere (vgl. CDU/CSU 2017: 54).

Den planbaren, berechenbaren und marktwirtschaftlichen Verlauf der Energiewende sehen die Parteien als wichtig an. Er biete beispielsweise die Chance, wieder mehr Wertschöpfung in ländliche Räume zu verlegen. (Vgl. CDU/CSU 2017: 68f)

Im Bereich der internationalen Klimapolitik nennen die Parteien Europa (vgl. CDU/CSU 2017: 6), die Unterzeichner*innen des Pariser Klimaschutzabkommens – namentlich Frankreich (vgl. CDU/CSU 2017: 68) und die G7-Staaten (ebd.) – als wichtige Akteur*innen. Als wichtige internationale Vereinbarungen werden allen voran das Pariser Klimaschutzabkommen (vgl. CDU/CSU 2017: 6; 68) und die Entscheidung des G7-Gipfels von 2015, bis zum Ende des laufenden Jahrhunderts aus den fossilen Energien auszusteigen (vgl. CDU/CSU 2017: 68), genannt. Die USA werden für ihren Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen kritisiert (ebd.). Die Rolle Deutschlands in der internationalen Politik wird mehrfach besonders hervorgehoben – so habe die BRD mit UmweltministerInnen wie Angela Merkel (CDU) und Klaus Töpfer (CSU) „schon früh die Weichen für eine enge internationale Zusammenarbeit in Umweltfragen gestellt“ (CDU/CSU 2017: 68). Zudem sei Deutschland weltweit führend in Ressourceneffizienz und grüner Technologie, welche andere Länder unterstützen könne (ebd.). Weiterhin zeige Deutschland mit der Energiewende Alternativen zu fossilen Energien auf und könne so ein internationales Vorbild sein (ebd.). Besondere Bemühung gilt laut den Parteien die Unterstützung Afrikas beim Schutz gegen den Klimawandel (vgl. CDU/CSU 2017: 66).

Explizite Bewertung

Die Parteien bewerten die Klimakrise im Wahlprogramm 2017 durchweg negativ – sie wird mehrfach in Kontext mit negativen Attributen gesetzt wie „bedroht“ oder „kann weltweit dramatische Folgen haben“ (CDU/CSU 2017: 66; 68).

5.2 Bundestagswahlprogramm der CDU/CSU 2021

In den kommenden Abschnitten wird das Wahlprogramm der CDU/CSU zur Bundestagswahl 2021 untersucht. Dabei wird zuerst der Entstehungskontext anhand der acht Kriterien, die aus der gegenwärtigen Forschung zum Parteiwandel herausgearbeitet wurden, beschrieben. Anschließend werden die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse des Wahlprogramms präsentiert.

5.2.1 Entstehungskontext

Die Präsidien von CDU und CSU haben sich am 21.06.2021 auf die finale Form des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2021 geeinigt (vgl. ZDF 2021). Vorausgegangen sind diesem Programm einige möglicherweise für die Forschungsfrage relevante Geschehnisse.

Nach der hessischen Landtagswahl 2018 erklärte Angela Merkel, nicht erneut als Parteivorsitzende zu kandidieren. Zunächst konkurrierten Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn um ihre Nachfolge. Diese Wahl gewann Kramp-Karrenbauer. Nach mehreren Skandalen, wie der Debatte um Meinungsfreiheit nach dem ‚Rezo-Video‘ zur Europawahl oder der Wahl des FDP-Politikers Kemmerich als Ministerpräsident Thüringens mit Stimmen der CDU und der AfD, entschied sie sich 2020 jedoch, nicht als Kanzlerkandidatin der CDU/CSU zur Bundestagswahl 2021 anzutreten und leitete den Prozess zur Neuwahl des Parteivorsitzes ein. Bei der erneuten Parteivorsitz-Wahl im Januar 2021 kandidierten Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Röttgen. Armin Laschet gewann die Wahl im zweiten Wahlgang gegen Friedrich Merz und wurde anschließend der gemeinsame Bundeskanzlerkandidat von CDU und CSU. Als stellvertretende Vorsitzende wurden die bisherigen Stellvertreter*innen im Amt bestätigt. Jens Spahn wurde auf die Stellvertreterstelle gewählt, welche bis dato Armin Laschet innehatte. Es hat also ein Wechsel des Führungspersonals stattgefunden. Die Wahl von zwei aufeinander folgenden gemäßigten Kandidat*innen (Kramp-Karrenbauer und Laschet) kann als Beibehaltung der grundsätzlichen Strategie von Angela Merkel gedeutet werden. (Vgl. Oppelland 2020: 57ff)

Anfang 2021 hat sich die Klimaunion gegründet, welche sich für eine 1,5°C-zielverträgliche Klimapolitik der Unionsparteien einsetzt. Sie ist allerdings nicht offiziell von

den Parteien als ihr zugehörig anerkannt und ihr Einfluss innerhalb der Parteien als gering einzuschätzen. Von einem Wandel der dominierenden Strömung innerhalb der Parteien kann also keine Rede sein. Es finden sich in dieser Zeit zudem keine relevanten Strukturänderungen in der CDU/CSU. (Vgl. Randerath / Klaus 2021)

Die CDU/CSU erreichte bei der vorhergehenden Bundestagswahl 2017 ihre erklärten Wahlziele und wurde stärkste Kraft, an der keine Regierung vorbei gebildet werden konnte. Dennoch erhielt sie das schlechteste Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1949 und verlor rund 7% der Wähler*innenstimmen. Die Bundestagswahl 2017 läutete einen Negativtrend bei den darauffolgenden Landtagswahlen sowie der Europawahl ein. Mit Ausnahme der Landtagswahl in Bremen 2019 fuhr die CDU/CSU überall Verluste ein. Aufgrund des schlechten Wahlergebnisses blieb der CDU/CSU letztlich nichts anderes übrig, als nach den geplatzen Koalitionsverhandlungen mit der FDP und der Grünen Partei erneut eine Große Koalition mit der SPD zu bilden. Ihr erstes Parteiziel („office-seeking“) wurde durch den Wahlverlust also nicht verletzt, aber befindet sich aufgrund des Verlustes in ihrem zweiten Parteiziel („vote-maximising“) in einer bedrohlichen Lage. (Vgl. Oppelland 2020: 52ff)

Die zentrale Konkurrentin der CDU/CSU auf Bundesebene ist die SPD. Diese hat im Vergleich zur CDU/CSU mehr Koalitionsoptionen, welche das zentrale Ziel der „office-seeking Party“ CDU/CSU bedroht. Aufgrund des Ausscheidens der FDP aus dem Bundestag 2013 und den geplatzen Jamaika-Verhandlungen 2017 haben sich die, von den Unionsparteien klassischerweise geführten, Koalitionen mit der FDP in den vorausgehenden Jahren als kaum noch möglich erwiesen. Auf Landesebene wurden zwischenzeitlich alternative Koalitionsoptionen mit grüner Beteiligung erprobt. (Vgl. Oppelland 2020: 50ff und Decker 2020: 202ff)

Die CDU/CSU führte im Vorlauf zur Bundestagswahl 2021 genauso wie zur Bundestagswahl 2017 die Bundesregierung in einer Koalition mit der SPD an. (Vgl. Oppelland 2020: 44)

Im August 2018 begann Greta Thunberg ihren Schulstreik fürs Klima, Anfang 2019 mehrten sich die Fridays for Future Proteste auch in Deutschland und am 15. März 2019 fand der erste weltweite Klimastreik statt. (Vgl. Riebe / Marquardt 2022: 42f und Fabel et al. 2022).

Zwischen den Bundestagswahlen 2017 und 2021 lagen zudem mehrere

Extremwetterereignisse, die in ihrer Ballung auf die Klimakrise rückführbar sind. So hatten die Dürresommer 2018/19 beispielsweise starke Auswirkungen auf die Landwirt*innen, die eine zentrale Anhängerschaft der Unionsparteien darstellt. Die Flut- und Brandkatastrophen in dieser Zeit wurden von der Gesellschaft und Politik deutlicher in Zusammenhang mit der Klimakrise gebracht. (Vgl. Busch/Mikos 2022: 175ff)

Die mediale Berichterstattung zur Klimakrise erreichte im Sommer/Herbst 2019 einen Peak, danach folgte zunächst ein Abflachen aufgrund der Pandemie bevor wieder intensiver darüber berichtet wurde. (Vgl. Busch/Mikos 2022: 173ff)

In dieser Zeit hat sich die öffentliche Meinung in der BRD zur Klimakrise verschoben – so schätzten zur Bundestagswahl 2021 ein so großer Teil der Bevölkerung wie noch nie (81%) die Klimakrise als eines der zwei wichtigsten politischen Themen ein. Die Wichtigkeit des Themas zieht sich durch alle Altersgruppen der Bevölkerung, auch wenn sie bei den über 60-Jährigen etwas weniger stark ausgeprägt ist. (Vgl. Riebe / Marquardt 2022: 42f).

Die Weltwirtschaft befand sich im Vorlauf zur Bundestagswahl 2021 aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie in einer schwierigen Lage, es zeigten sich allerdings bereits Indizien für einen baldigen positiven Trend. (Vgl. Dullien et al. 2020)

5.2.2 Framing der Klimakrise

Im Folgenden werden die herausgearbeiteten vier Elemente des Frames (Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Lösungszuschreibung / Handlungsaufforderung und explizite Bewertung) zur Klimakrise aus dem Wahlprogramm der CDU/CSU zur Bundestagswahl 2021 dargestellt.

Problemdefinition

Die CDU/CSU nennt den Klimawandel in einer Reihe neben dem Coronavirus und der digitalen Transformation als eine globale Herausforderung (vgl. CDU/CSU 2021: 6; 15). Hierin zeigen sich bereits die zwei Aspekte, welche sich durch die Problemdefinition der Parteien ziehen: Der Klimawandel wird als globale Bedrohung (wie das Coronavirus) gesehen, gleichzeitig aber auch als eine Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland begriffen (wie die digitale Transformation).

In das Bild der globalen Bedrohung passt die Bezeichnung der Klima-Außenpolitik als Überlebensfrage der gesamten Menschheit (vgl. CDU/CSU 2021: 15), des Klimawandels als Bedrohung für die Sicherheit (ebd.), die Beschreibung der Erderwärmung als globale Herausforderung (ebd.) sowie die Wortwahl der Bedrohung und Schädigung der Wälder (vgl. CDU/CSU 2021: 46), der Landwirtschaft (vgl. CDU/CSU 2021: 53), des Garten- und Weinbaus (vgl. CDU/CSU 2021: 53) sowie der Fischerei (vgl. CDU/CSU 2021: 53) durch den Klimawandel.

In das Bild der Chance hingegen passt die Nennung der Chance Europas „der erste Kontinent CO₂-neutraler Mobilität“ und „damit weltweites Vorbild“ zu werden (CDU/CSU 2021: 30), die Bezeichnung der Klimaneutralität als ein Wettbewerbsvorteil der deutschen Wirtschaft (vgl. CDU/CSU 2021: 41) und das angekündigte Vorhaben der Parteien, die „deutsche Luftverkehrswirtschaft [...] zum Technologieführer für das klimaneutrale Fliegen“ zu machen (CDU/CSU 2021: 49).

Die Klimakrise führt laut der CDU/CSU zu Extremwetterereignissen (vgl. CDU/CSU 2021: 119) wie Dürren (vgl. CDU/CSU 2021: 46; 119), Trockenheit (vgl. CDU/CSU 2021: 53), Spätfrösten (ebd.), Starkregenereignissen (ebd.), Trinkwassermangel (vgl. CDU/CSU 2021: 47; 119), Waldbränden (vgl. CDU/CSU 2021: 119) und Hochwassern (ebd.).

Ursachenzuschreibung

Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 führt die CDU/CSU nicht an, worauf sie die Klimakrise zurückführt. Das Frame-Element der Ursachenzuschreibung fehlt also in diesem Programm.

Lösungsvorschläge / Handlungsaufforderung

Die Unionsparteien erklären in ihrem Wahlprogramm, dass die BRD „deutlich vor Mitte des Jahrhunderts“ klimaneutral werden solle (CDU/CSU 2021: 5), an späterer Stelle konkretisieren sie dies auf das Jahr 2045 (vgl. CDU/CSU 2021: 33). Dies entspräche laut ihnen dem gebotenen deutschen Beitrag zum 1,5°C-Ziel nach dem Pariser Abkommen (vgl. CDU/CSU 2021: 40). Als Etappen auf dem Weg zur Klimaneutralität nennen die Parteien eine Reduzierung der Emissionen um 65% bis 2030 und 88% bis 2040 (vgl. CDU/CSU 2021: 41). Global solle „bis 2050 [...] CO₂-Neutralität erreicht“ sein (ebd.).

Die CDU/CSU möchte den anstehenden Wandel nach eigener Aussage gestalten,

aber Sicherheit im Wandel geben (vgl. CDU/CSU 2021: 4). Die Parteien möchten heute wie in Zukunft nachhaltiges Wachstum, Klimaschutz und soziale Sicherheit miteinander verbinden (vgl. CDU/CSU 2021: 33; 34). Hierbei stützen sie sich auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft (vgl. CDU/CSU 2021: 33) und möchten „marktwirtschaftliche Instrumente als Leitinstrumente innerhalb eines Instrumentenmixes“ positionieren (CDU/CSU 2021: 41). Als Notwendigkeit zum Erreichen der Klimaziele sehen sie „innovative Technologien, wirtschaftliche Investitionen und ein koordiniertes Handeln von Politik, Industrie und Gesellschaft“ (CDU/CSU 2021: 40). Ihre Unterstützung gilt hierbei Unternehmen und Verbraucher*innen (vgl. CDU/CSU 2021: 42). Nur wenn sich die Transformation als wirtschaftlich erweise, könne sie gelingen (vgl. CDU/CSU 2021: 40). Die Parteien setzen sich für einen Carbon-Leakage-Schutz ein (vgl. CDU/CSU 2021: 41). Um Emissionen auszugleichen, welche nicht vollständig vermieden werden könnten, solle die Entwicklung im Bereich negative Emissionen unterstützt werden (ebd.). Um den Folgen der Klimakrise entgegenzutreten, versprechen die Parteien, „ein Klimaanpassungsgesetz zur Daseins- und Zukunftsvorsorge“ zu verabschieden (CDU/CSU 2021: 132).

Die CDU/CSU sieht die internationale Gemeinschaft in der Pflicht, gegen den Klimawandel als Sicherheitsrisiko anzugehen (vgl. CDU/CSU 2021: 15). Die BRD solle laut den Unionsparteien international mehr Verantwortung übernehmen, um unter anderem den Klimawandel zu bekämpfen (vgl. CDU/CSU 2021: 6). Sie sehen die BRD „als weltweit führendes und modernes Industrieland“ in der Verantwortung, „einen übergeordneten Beitrag“ zum Klimaschutz zu leisten (CDU/CSU 2021: 15). Daher möchten sie beispielsweise ein internationales Bündnis für innovative klimafreundliche Technologien ins Leben rufen (ebd.). Die deutsche Handelspolitik soll vermehrt genutzt werden, um Klimaschutzmaßnahmen global durchzusetzen (vgl. CDU/CSU 2021: 15; 23). Ebenso sollen klimaschutzbezogene Sanktionsmechanismen im Welthandel etabliert und gestärkt werden (vgl. CDU/CSU 2021: 23). Über internationale Klimakooperationen sollen hohe Umwelt- und Sozialstandards im Welthandel etabliert werden (vgl. CDU/CSU 2021: 40;42). Zudem wollen die Parteien den EU-Binnenmarkt mit einem CO₂-Grenzausgleich schützen (vgl. CDU/CSU 2021: 42). Einen Fokus der Betätigung sehen die Parteien auf dem afrikanischen Kontinent, wo erneuerbare Energien und nachhaltige Mobilität durch engere wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden sollten (vgl. CDU/CSU 2021: 15). Weiterhin sollen enge

Klimapartnerschaften mit Ländern in Asien, in Südamerika und mit arabischen Staaten geschlossen werden, um sie in der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen (ebd.). Die Parteien wollen sich des Weiteren dafür einsetzen, dass von Industriestaaten geförderte Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern anteilig auf die Klimaziele der Industriestaaten angerechnet werden (ebd.). Weiterhin möchten sie sich dafür einsetzen, Kohlenstoffsinken wie Regenwälder international zu schützen und ihre Klimaleistung zu honorieren (ebd.). Außerdem möchten die Parteien sich dafür einsetzen, dass Rohstoffe international nachhaltig abgebaut und möglichst lange genutzt werden (vgl. CDU/CSU 2021: 45).

Die USA werden mehrfach als wichtiger Partner in der Klimapolitik benannt (vgl. CDU/CSU 2021: 8). Trotz politischer Differenzen wird eine Zusammenarbeit mit Russland als wichtig für den Klimaschutz benannt (vgl. CDU/CSU 2021: 10).

Laut der CDU/CSU wird der Green Deal der EU Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen (vgl. CDU/CSU 2021: 20). Die Parteien möchten die Rolle eines EU-Klimaaußenbeauftragten einrichten, der die Klimaaußenpolitik der EU bündelt und stärkt (vgl. CDU/CSU 2021: 21).

Internationale Vereinbarungen wie das Pariser Klimaschutzabkommen oder die Sustainable Development Goals sehen die Parteien als wichtig für „eine gerechte Globalisierung, für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung in der Welt“ (CDU/CSU 2021: 13).

Im Bereich der Wirtschaftspolitik wollen die Parteien die steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen zur CO₂-Reduktion verbessern und energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte verstärkt an den einhergehenden CO₂-Emissionen orientieren (vgl. CDU/CSU 2021: 41). Sie halten Carbon Contracts for Difference für ein wichtiges Instrument der Wirtschaftspolitik, um unternehmerischen Klimaschutz zu unterstützen (vgl. CDU/CSU 2021: 42). Besondere Förderung sollen KMU erhalten, „die digitale Lösungen für Energie- und Ressourceneffizienz entwickeln“ – insbesondere die Clean-Tech-Forschung soll Förderungen erhalten (CDU/CSU 2021: 42). Um klimafreundliche Entscheidungen von Verbraucher*innen zu erleichtern, möchten die Parteien die CO₂-Bilanzen von Produkten auszeichnen lassen (ebd.). Weiterhin möchten sie, dass sich die Kreislaufwirtschaft finanziell lohnt und möglichst viele Rohstoffe in der BRD hergestellt und recycelt werden – für den Klimaschutz und um die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren (vgl. CDU/CSU 2021: 45).

Das erklärte Ziel der Parteien ist, einen globalen Emissionshandel zu etablieren (vgl. CDU/CSU 2021: 15). Zunächst solle dazu der europäische Emissionshandel auf den Verkehr- und Wärmesektor sowie den Schiffsverkehr ausgeweitet werden (vgl. CDU/CSU 2021: 21; 42). Der Aufwuchspfad der CO₂-Bepreisung soll gestrafft werden, damit sich „ein stabiler, fairer und transparenter Preis für Treibhausgase“ bildet (ebd.). Im weiteren Verlauf soll der Emissionshandel auf alle Sektoren ausgeweitet und global anschlussfähig werden (vgl. CDU/CSU 2021: 41). Hierbei entstehende Mehrbelastungen sollen mit gezielten Entlastungen in den Bereichen Wohnen und Mobilität ausgeglichen werden (ebd.). Die Einnahmen aus ebendiesem Emissionshandel sollen über eine Vergünstigung des Strompreises an die Bevölkerung und die Unternehmen zurückgehen – im ersten Schritt solle hierfür die EEG-Umlage abgeschafft werden (ebd.).

Für die CDU/CSU hängt das Erreichen der Pariser Klimaziele fundamental vom Gelingen der Energiewende ab (vgl. CDU/CSU 2021: 42). Die Parteien wollen die erneuerbaren Energien schneller als bisher ausbauen, um dem steigenden Energiebedarf gerecht zu werden (ebd.). Zu den erneuerbaren Energien zählen für sie die Energiegewinnung aus Wind, Sonne, nachhaltiger Biomasse, Wasserkraft und Geothermie (ebd.). Für einen schnellen Ausbau benötige es laut ihnen die Akzeptanz der Bevölkerung, Planungssicherheit und weniger Bürokratie (ebd.).

Der Ausbau der Solarenergie soll mittels eines Online-Genehmigungsverfahrens für Photovoltaikanlagen beschleunigt werden (vgl. CDU/CSU 2021: 43). Zudem sollen die Regelungen zum naturschutzrechtlichen Ausgleich bei Photovoltaikanlagen in der Landwirtschaft gelockert werden (ebd.). Weiterhin soll das Konzept „Mieterstrom“ erleichtert werden, damit auch Mieter*innen von der Energiewende profitieren können (vgl. CDU/CSU 2021: 125).

Die CDU/CSU möchte den Ausbau von neuen Windenergieanlagen sowohl on - als auch offshore sowie das Repowering von Anlagen fördern (vgl. CDU/CSU 2021: 43). Hierzu wollen sie grenzüberschreitende Energiekooperationen eingehen (ebd.). Flächen sollten laut ihnen explizit für erneuerbare Energien ausgewiesen werden (ebd.). Sie wollen prüfen, inwiefern Flächen entlang von Verkehrswegen als Vorrangflächen für erneuerbare Energien eingerichtet werden können (ebd.).

Die Unionsparteien möchten außerdem die Energiespeicherstruktur verbessern, um die Energiesicherheit trotz Schwankungen der erneuerbaren Energien zu

gewährleisten (ebd.). Daher möchten sie gespeicherten Strom von allen Umlagen und Entgelten befreien und die Forschung zu Stromspeichern weiter fördern (ebd.).

Sie sehen einen Unterstützungsbedarf der Handwerksbetriebe darin, genügend Fachkräfte auszubilden und zu gewinnen, um die Energiewende technisch umsetzen zu können und wollen hier ansetzen (ebd.). Weiterhin wollen sie den Ausbau der Stromleitungen beschleunigen – dies soll durch vermehrten Kostenwettbewerb und beschleunigte Investitionen gelingen (ebd.). Ebendiese Leitungen sollen nach Möglichkeit gebündelt und anwohnerverträglich umgesetzt werden (ebd.) Die Forschung und Entwicklung im Bereich neuer Energieerzeugungsverfahren wollen die Parteien technologieoffen unterstützen, um Abhängigkeiten von Stromimporten zu vermeiden (ebd.). Um die Investitionssicherheit zu erhöhen und Genehmigungen zu vereinfachen, möchten die Parteien das Marktstammdatenregister zu einem „digitalen, öffentlichen Echtzeit-Energiekataster“ entwickeln (ebd.).

Wasserstoff spielt laut der CDU/CSU eine wichtige Rolle in der anstehenden Transformation (vgl. CDU/CSU 2021: 44). Er ermögliche eine Dekarbonisierung der Stahl- und Zementindustrie und könne als flexibler Energiespeicher genutzt werden (ebd.). Außerdem habe er das Potenzial die Emissionen des LKW- und Schiffsverkehrs erheblich zu senken (ebd.). Daher sehen die Parteien es als wichtige Aufgabe an, die Wertschöpfungskette zur Wasserstofferzeugung und die erforderliche Netzinfrastruktur in der BRD aufzubauen (ebd.). Aus diesem Grund wollen sie die nationale Wasserstoff-Agentur stärken, Innovationszyklen beschleunigen, indem Power-to-X-Technologien gefördert werden, und die benötigte Infrastruktur für den Wasserstoffmarkt in Europa schaffen (ebd.). Als Teil hiervon wollen die Parteien den Ausbau der Gasnetze in Deutschland schneller umsetzen und ebendiese Netze Wasserstoff-kompatibel machen sowie das Förderkonzept „H2 Global“ weiterentwickeln (vgl. CDU/CSU 2021: 44f). Der Standort Deutschland soll eine wichtige Position im globalen Wasserstoffmarkt einnehmen, indem dort Elektrolyseure und Brennstoffzellen in Serie produziert werden (ebd.). Neben grünem Wasserstoff sehen die Unionsparteien auch ein Potenzial für blauen Wasserstoff in einer Übergangszeit (ebd.). Als Ziel nennen die Parteien einen starken europäischen Heimatmarkt für nachhaltige Wasserstofftechnologien (ebd.).

Die Parteien sehen Quartiersansätze, Wärmeeffizienz, den Ausbau und die Modernisierung der Wärme- und Stromnetze, die Digitalisierung,

Betriebsoptimierungen, den Ausbau von Speicherkapazitäten und energetische Baustandards als relevante Instrumente zur Gewinnung von Energieeffizienz (ebd.). Die CDU/CSU versteht die energetische Sanierung des Gebäudebestandes als zentrale Aufgabe, um die Klimaziele zu erreichen (vgl. CDU/CSU 2021: 125). Hierbei solle allerdings darauf geachtet werden, Mieter vor finanzieller Überlastung zu schützen (ebd.). Die Förderungen für (schrittweise) Sanierungen von Betriebsgebäuden und vermieteten Wohnungen wollen die Parteien optimieren (vgl. CDU/CSU 2021: 44;125). Gewerbliche Investitionen in die Energieeffizienz sollen durch schnellere Abschreibungen gefördert werden (vgl. CDU/CSU 2021: 44). Außerdem wollen sie die Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht nehmen (vgl. CDU/CSU 2021: 125).

Die Parteien möchten den Wettbewerb um klimafreundliche Mobilität technologieoffen fördern (vgl. CDU/CSU 2021: 30). Neben Elektromobilität spielen für die Parteien auch synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff eine Rolle für zukünftige Antriebstechnologien (vgl. CDU/CSU 2021: 49). Als konkrete Maßnahme nennen sie die Verlängerung des Flottenerneuerungsprogramms für LKW (ebd.). Zudem sollen Taxiunternehmen, Fahr- und Lieferdienste durch Sonderabschreibungen bei der Umstellung auf emissionsfreie PKW unterstützt werden (ebd.). Um die Elektromobilität zu stärken, wollen die Parteien den Ausbau der Ladeinfrastruktur beschleunigen (ebd.). Daher sollen künftig in allen gewerblichen und öffentlichen Neubauten Ladesäulen integriert und nach Möglichkeit in Parkhäusern nachgerüstet werden (ebd.). Zudem sollen das Bezahlssystem und die Anschlüsse standardisiert werden (ebd.). Die Parteien wollen einen Fahrplan vorlegen, wie der Umstieg in emissionsfreie Mobilität für alle Automobilhersteller attraktiv wird und in dem alle Interessen – von Umwelt über Arbeitnehmer und Unternehmen – Berücksichtigung finden (vgl. CDU/CSU 2021: 48).

Den Zugverkehr und den ÖPNV halten die Unionsparteien für wichtig zur Dekarbonisierung des Verkehrs (vgl. CDU/CSU 2021: 47). Um Pendlerströme zu senken, wollen die Parteien auf dem Land Co-Working-Spaces fördern (vgl. CDU/CSU 2021: 125f). Verkehrsbelastungen wollen die Parteien mit intelligenten Verkehrsführungen, einem Ausbau des ÖPNV und Ortsumgehungen begegnen (vgl. CDU/CSU 2021: 130). Bundesstraßen und Autobahnen sollen dort ausgebaut werden, wo es häufig Stau gibt, da ein Vermeiden des Staus das Klima schütze (ebd.). Ein

Dieselfahrverbot oder ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen lehnen die Parteien explizit ab (vgl. CDU/CSU 2021: 49). Die infrastrukturelle Vernetzung mit mittel- und osteuropäischen Nachbarn wollen die Parteien im Interesse des Klimaschutzes verbessern (vgl. CDU/CSU 2021: 30).

Güterverkehr soll vermehrt von der Straße auf die Schiene und Schiffe verlegt werden (vgl. CDU/CSU 2021: 48). Hierfür möchten die Parteien in klimafreundlichere Fahrzeuge und die nötige Infrastruktur, wie zum Beispiel die Landverstromung in Häfen, investieren (ebd.). Außerdem soll die Förderung für alternative Kraftstoffe in der Schifffahrt intensiviert werden, damit Deutschland hier die Technologieführerschaft übernimmt (vgl. CDU/CSU 2021: 50). Weiterhin soll ein Flüssiggas-Terminal realisiert werden (ebd. 50). Wenn bei Flügen alternative Kraftstoffe eingesetzt werden, wollen die Parteien diese von der Flugverkehrssteuer befreien (vgl. CDU/CSU 2021: 49).

Die CDU/CSU betrachtet die Landwirtschaft als zentral für die Erreichung der Klimaziele und die Bewahrung der Artenvielfalt (vgl. CDU/CSU 2021: 50). Sie betonen die Tatsache, dass der landwirtschaftliche Sektor das Klimaziel für 2020 erreicht hat (vgl. CDU/CSU 2021: 52). Dabei ist ihnen die Förderung von ökologischer wie konventioneller Landwirtschaft ein Anliegen (ebd.). Sie sehen Optionen, wie die Landwirtschaft sich besser an veränderte Klimabedingungen anpassen kann und die eigenen Emissionen weiter minimieren kann (vgl. CDU/CSU 2021: 51f): So sollen emissionsarme Modellställe entwickelt und innovative Technologien genutzt werden, um die Landwirtschaft umweltfreundlicher und zugleich wettbewerbsfähiger zu machen (vgl. CDU/CSU 2021: 51). Die Parteien wollen die Entwicklung ressourcenschonender Anbaumethoden fördern (vgl. CDU/CSU 2021: 53). Die Klimaschutzleistungen der Landwirtschaft sollen vermehrte Förderung erhalten (vgl. CDU/CSU 2021: 52). Gartenbaubetriebe sollen besondere Unterstützung bei der CO₂-Einsparung erhalten und vor Marktverzerrungen durch die CO₂-Bepreisung geschützt werden (vgl. CDU/CSU 2021: 53). Landwirtschaftliche Betriebe sollen Zuschüsse zu Versicherungen gegen Klimarisiken erhalten (ebd.). Die Fischerei soll ebenfalls in der Anpassung an neue klimatische Bedingungen unterstützt werden (ebd.).

Die Bundesverwaltung solle als gutes Beispiel dienen und möglichst schnell CO₂-Neutralität erreichen (vgl. CDU/CSU 2021: 104). Hierzu sollen die Gebäude saniert und mit Ökostrom versorgt sowie der Fuhrpark elektrifiziert und Regierungsflüge über synthetische Kraftstoffe dekarbonisiert werden (ebd.).

Ein weiteres Aufgabenfeld des Klimaschutzes sehen die Parteien in der Möglichkeit, CO₂ aus der Atmosphäre zu entziehen. Sie wollen beispielsweise die Abscheidung und Speicherung von CO₂ (Carbon Capture and Storage, kurz: CCS) in Kooperation mit europäischen Partnern fördern (vgl. CDU/CSU 2021: 42). Weiterhin wollen sie die Klimaleistung der deutschen Wälder finanziell honorieren und ausbauen (vgl. CDU/CSU 2021: 46). Die Wälder bezeichnen sie als „unseren wichtigste[n] Klimaschützer“ (ebd.). Bereitgestellte Fördergelder von Bund und Ländern sollen auch Kleinwaldbesitzer*innen zugänglich werden (ebd.). Außerdem wollen sie eine Holzbauoffensive starten, um Holz vermehrt als Bau-, Werk- und Brennstoff zu nutzen (ebd.). Des Weiteren identifizieren die Parteien die Landwirtschaft als eine Möglichkeit, Treibhausgase zu binden – auch diese Leistungen möchten sie zukünftig honorieren (vgl. CDU/CSU 2021: 52).

Um in Zukunft besser auf Extremwetterereignisse vorbereitet zu sein, möchten die Parteien ein Förderprogramm für regionale Wasserkreisläufe aufbauen (vgl. CDU/CSU 2021: 47). Hierzu gehört, das Konzept von Schwammstädten in Beispielkommunen zu testen (ebd.). Weiterhin soll Aufklärungsarbeit und modernes Wassermanagement dafür sorgen, das Wasser stärker in der Fläche zu halten, um die Böden, die Ökosysteme, die Land- und Forstwirtschaft vor Dürrezeiten zu schützen (ebd.). Außerdem soll naturnaher Deichbau zur Hochwasserprävention verstärkt werden (ebd.).

Explizite Bewertung

Die Unionsparteien bewerten die Klimakrise im Wahlprogramm 2021 negativ. Sie unterstreichen die Bedrohung durch den Klimawandel mit starken negativen Attributen wie „Überlebensfragen der gesamten Menschheit“ (vgl. CDU/CSU 2021: 15); Gefährdung der Sicherheit (ebd.) sowie der Aufzählung verschiedener Extremwetterereignisse (vgl. CDU/CSU 2021: 119) und Schäden, die der Klimawandel bereits verursacht hat (vgl. CDU/CSU 2021: 46; 53).

Gleichzeitig hebt die CDU/CSU in diesem Wahlprogramm allerdings auch die positiven Aspekte, die eine ambitionierte Klimapolitik haben kann, hervor: die Chance für Europa, der erste Kontinent mit CO₂-neutraler Mobilität zu werden (vgl. CDU/CSU 2021: 30), die angestrebte Klimaneutralität als Wettbewerbsvorteil der deutschen Wirtschaft (vgl. CDU/CSU 2021: 49) und die Möglichkeit der deutschen Luftverkehrswirtschaft, Technologieführer fürs klimaneutrale Fliegen zu werden (ebd.).

So wird der Klimakrise zumindest indirekt ein positiver Aspekt abgerungen.

5.3 Vergleich der Wahlprogramme

5.3.1 Entstehungskontexte

Im Vorlauf zur Wahlprogrammerstellung 2017 gab es keinen Wechsel der Parteiführung innerhalb der CDU/CSU, 2021 stellte sich dies anders dar. In den vorhergehenden Jahren gab es sogar zwei Wechsel des Vorsitzes. Ein Wechsel der dominierenden Strömung in der Partei zeichnete sich dabei aber, wie im Vorlauf zur Wahl 2017, nicht ab. Zur Wahlprogrammerstellung 2017 hatte die CDU/CSU ein hervorragendes Wahlergebnis aus 2013 im Rücken, 2021 beschäftigte sie das historisch schlechte Ergebnis aus 2017. Sie führte dennoch in beiden Situationen die Bundesregierung an. Es zeigte sich im Nachgang zur Wahl 2017 allerdings verstärkt ihre Schwierigkeit, die von ihr bevorzugten Koalitionen mit der FDP zu bilden. Bereits 2013 musste sie aufgrund des Ausscheidens der FDP aus dem Bundestag widerwillig erneut in eine Große Koalition eintreten. 2017 gelang es ihr nicht, eine von ihr präferierte Koalition mit der FDP und der Grünen Partei zu bilden. Gerade vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ihrer zentralen Konkurrentin, der SPD, mehr potenzielle Koalitionspartner zur Verfügung stehen, ist dies ein Problem. In den schlechten Wahlergebnissen und den Problemen, präferierte Koalitionen gründen zu können, zeigen sich Bedrohungen in den zwei wichtigen Parteizielen der Union: ‚Office-seeking‘ und ‚vote-maximising‘.

Die öffentliche Meinung zu Klimapolitik hat sich von 2017 bis 2021 verändert. Zahlreiche Ereignisse, allen voran die Klimastreiks von Fridays for Future haben dafür gesorgt, dass die Bevölkerung Klimaschutz für wichtiger hält und zahlreiche Bürger*innen ihre Wahlentscheidung 2021 an ebendiesem Thema orientiert haben.

Während sich die Weltwirtschaftslage 2017 im Vorlauf der Wahl gut darstellte, sah dies 2021 anders aus. Aufgrund der Pandemie war die Weltwirtschaft stark getroffen, es fanden sich aber bereits Indizien dafür, auf eine baldige Erholung hoffen zu können.

5.3.2 Framing der Klimakrise

Problemdefinition

Während die CDU/CSU im Wahlprogramm 2017 die Klimakrise ausschließlich als Bedrohung darstellt, nimmt sie 2021 zudem die hiermit einhergehenden Chancen für den deutschen Wirtschaftsstandort in den Fokus. Weiterhin ist die Problemdefinition im Wahlprogramm 2021 deutlich umfangreicher: Die Bedrohungen durch die Klimakrise werden mit zahlreichen Beispielen von Extremwetterereignissen hervorgehoben. Außerdem findet sich im Gegensatz zu 2017 im Wahlprogramm 2021 keine Erwähnung der stärkeren Bedrohung anderer Kontinente durch den Klimawandel. Es wird hingegen mehrfach betont, dass die Bedrohung global sei. Ebenfalls wird die Klimakrise nicht mehr als Problem bezeichnet, welches vor allem die künftigen Generationen treffen würde.

Ursachenzuschreibung

In ihrem Wahlprogramm 2017 macht die CDU/CSU die weltweit wachsende Bevölkerung sowie den wachsenden Wohlstand, den damit einhergehenden Verbrauch an Rohstoffen und Emissionen sowie den „jahrzentelangen Raubbau an den Ressourcen der Natur weltweit“ (vgl. CDU/CSU 2017: 67) für die Klimakrise verantwortlich. Im Wahlprogramm 2021 hingegen fehlt eine Ursachenzuschreibung gänzlich.

Lösungsvorschläge / Handlungsaufforderung

Die im Bundestagswahlprogramm von 2021 genannten Klimaziele sind ambitionierter und werden konkreter benannt als 2017, sowohl für die BRD als auch global. In beiden Wahlprogrammen stellen die Parteien marktwirtschaftliche Instrumente ins Zentrum ihrer Klimapolitik. Sie betonen in den Programmen gleichermaßen, dass Wirtschaft und Klimaschutz keine Gegensätze seien. Innovationen und neue Technologien würden die bestehenden Industrien klimafreundlich machen, die auf diesem Weg Unterstützung bräuchten. Die im Wahlprogramm 2021 genannten klimapolitischen Maßnahmen widersprechen den Maßnahmen aus dem Programm 2017 an keiner Stelle, aber sie sind deutlich ausdifferenzierter. Im Gegensatz zum Programm aus 2017 werden im 2021er Programm die USA als zentraler Partner Deutschlands und der EU in der Klimaaußenpolitik benannt. Der Fokus liegt in beiden Programmen auf

der Industrie- und Außenpolitik in Kombination mit Klimapolitik. Kohlenstoffsenken wie Wälder oder CCS und ihre Fördermöglichkeiten finden im Wahlprogramm 2017 noch keine Erwähnung, im Programm von 2021 hingegen schon. 2017 argumentierten die Parteien, sie wollten besonders afrikanische Staaten beim Schutz gegen den Klimawandel unterstützen. 2021 erwähnten sie in diesem Bereich zusätzlich asiatische und südamerikanische Staaten, welche Unterstützung bedürften. Neu hinzugekommen sind im Wahlprogramm von 2021 zudem Klimaanpassungsmaßnahmen für die BRD.

Explizite Bewertung

Die Klimakrise wird im Wahlprogramm 2021 negativer dargestellt als noch im Wahlprogramm 2017. Sie wird nicht mehr als Bedrohung vor allem für die Bevölkerungen in den ärmsten Ländern der Welt und die folgenden Generationen dargestellt, sondern es werden bereits eingetretene Klimaschäden in der BRD benannt und Klimaschutz als Überlebensfrage der gesamten Menschheit bezeichnet. Gleichermaßen finden aber auch indirekt positive Aspekte wie mögliche Wettbewerbsvorteile einer klimaneutralen Wirtschaft in der BRD sowie der EU Einzug ins Wahlprogramm 2021, welche 2017 noch keine Erwähnung fanden.

6. Diskussion der Ergebnisse

Um die Entstehung der unterschiedlichen Frames der Klimakrise in den beiden Bundestagswahlprogrammen erklären zu können, wurden die Entstehungskontexte der Wahlprogrammerstellung auf die acht Aspekte, welche laut der gegenwärtigen Parteiwandelforschung relevant sind, hin untersucht. Die grundsätzliche Annahme für diese Ergebnisse ist, dass Abweichungen der Frames aus den verschiedenen Untersuchungsjahren durch Abweichungen im Entstehungskontext erklärt werden können. Aus diesem Grund werden im Folgenden die Abweichungen des Entstehungskontextes nachgezeichnet und in einer kritischen Diskussion überprüft, für welche Unterschiede im Framing der Klimakrise aus den Wahlprogrammen sie eine schlüssige Erklärung darstellen.

Im Vorlauf zur Wahlprogrammerstellung 2021 gab es mehrere Führungswechsel innerhalb der CDU/CSU, das vorhergehende Bundestagswahlergebnis aus 2017 war

historisch schlecht, das Problem mangelnder Koalitionsoptionen wurde mit den geplatzen Jamaika-Verhandlungen von 2017 verdeutlicht, Klimaschutz war der Bevölkerung 2021 deutlich wichtiger und die Weltwirtschaftslage stellte sich schlecht dar. Zur Wahlprogrammerstellung 2017 waren diese Aspekte anders. Daher ist anzunehmen, dass dies die entscheidenden Punkte sind, aufgrund derer sich das Framing der Klimakrise im Bundestagswahlprogramm 2021 von dem aus 2017 unterscheidet.

Insgesamt lässt sich beim Vergleich des Framings der Klimakrise in den Bundestagswahlprogrammen 2017 und 2021 der CDU/CSU kein grundsätzlicher Bruch finden. Vielmehr sind die vorgeschlagenen Maßnahmen 2021 detaillierter, das Thema wird stärker platziert, es werden ambitioniertere Ziele gesetzt und die Bedrohungen durch die Klimakrise werden gravierender beschrieben, aber gleichzeitig die Chancen einer klimaneutralen Transformation der deutschen und europäischen Wirtschaft betont. Somit hat eine graduelle Positionsverschiebung aber keine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Klimapolitik stattgefunden.

Die starken Stimmenverluste bei der Bundestagswahl 2017 und die geringeren Koalitionsoptionen im Vergleich zur SPD stellen eine Bedrohung für die beiden zentralen Parteiziele der Union dar: die Regierung zu stellen und möglichst viele Wähler*innenstimmen auf sich zu vereinen. Die Tatsache, dass die Union 2017 dennoch ihre Wahlziele erreichte und die Bundesregierung anführte, zeigt allerdings, dass es sich hierbei nicht um einen Schock im Sinne von Harmels und Jandas Theorie (1994: 266ff) handelt. Dennoch haben die Parteien hierauf das Framing der Klimakrise in ihrem Wahlprogramm verändert. Wiesendahl wirft die Frage auf, inwiefern Wahlprogramme auch Signale an potentielle Koalitionspartner*innen senden (2022: 271); diese Frage scheint hier angebracht, da die zwei primären Ziele der Parteien CDU und CSU durch schlechte Wahlergebnisse und wenige Koalitionsoptionen bedroht scheinen. Eine Betonung ihrer Klimapolitik könnte also auch ein Signal in Richtung der Grünen Partei sein, um sich als zumindest gleichwertige Koalitionsoption im Vergleich zur SPD zu positionieren. So könnte eine verstärkte Positionierung im Bereich der Klimapolitik zur Wahl 2021 eine Lösung für beide Probleme gewesen sein: einerseits bezieht ein Großteil der Bevölkerung Klimaschutz in ihre Wahlentscheidung ein und andererseits kann die Union sich mit einem stärkeren Fokus auf Klimapolitik als eine gute Koalitionsoption für die Grüne Partei positionieren.

Da Klimapolitik ein Valenz- und kein Positionsisue ist, zählt für die Wahlentscheidung vor allem die Kompetenzzuschreibung der Bevölkerung. Ein Versuch, die eigene Kompetenzzuschreibung im Bereich der Klimapolitik zu erhöhen, kann in der Verbindung von Klimapolitik mit klassischen Kompetenzfeldern der Union gesehen werden. Dies umfasst im konkreten Fall die Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Landwirtschaftspolitik. Die Landwirt*innen sind außerdem seit jeher eine Kernwähler*innenschaft der Unionsparteien, die zugleich schon in den Sommern 2018/2019 besonders von den Auswirkungen der Klimakrise in Form von Dürren betroffen waren. Dies könnte erklären, warum die Unionsparteien im Wahlprogramm 2021 die Landwirtschaft einerseits für ihren Beitrag zum Klimaschutz loben und andererseits zahlreiche Policies zur Unterstützung der klimaneutralen Transformation der Landwirtschaft auführen. Diese beiden Aspekte sind auf eine Stimmenmaximierung ausgerichtet. Zudem zeigt sich in der Verbindung der Klimapolitik mit klassischen Kompetenzfeldern der CDU/CSU ein deutlicher Regierungsanspruch.

Die Tatsache, dass die USA im Wahlprogramm von 2021 als wichtiger Partner in der Klimaaußenpolitik benannt werden, ist auf den Regierungswechsel in den USA und dem damit einhergehenden Wiederanschluss an das Pariser Klimaabkommen zurückzuführen.

Ein prägnanter Unterschied der beiden Wahlprogramme ist die Bewertung der Klimakrise im Wahlprogramm 2021 als eine indirekte Chance für die deutsche und europäische Wirtschaft die Technologieführung bei klimaneutralen Innovationen zu übernehmen. Gleichzeitig ist die Weltwirtschaftslage 2021 schlechter als zur Programmerrstellung 2017. Hier scheint ein Zusammenhang zu bestehen, welcher ebenfalls die Wähler*innenstimmenmaximierung und somit die Regierungsführung zum Ziel hat.

7. Fazit

Die vorliegende Arbeit hat sich mit dem Framing der Klimakrise durch die CDU/CSU zur Wahl des Deutschen Bundestages 2017 und 2021 im Vergleich beschäftigt. Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart und hat in den letzten Jahren an öffentlicher Relevanz gewonnen. Die politische Debatte darüber, wie

mit diesem Problem umgegangen werden soll, ist jedoch umkämpft. In dieser Arbeit wurde untersucht, wie die CDU/CSU das Thema Klimakrise in den Bundestagswahlprogrammen der Jahre 2017 und 2021 geframet hat und welche Aspekte die Unterschiede der Wahlprogramme erklären können. In diesem Fazit werden die wichtigsten Ergebnisse und Erkenntnisse der Arbeit zusammengefasst und bewertet, um die Bedeutung dieser Fallstudie für die politische Debatte und für weitere Forschungen herauszuarbeiten.

Der erste Teil der Forschungsfrage dieser Arbeit war, inwiefern sich das Framing der Klimakrise durch die CDU/CSU in ihren Bundestagswahlprogrammen 2017 und 2021 unterscheidet. Mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring wurde hierzu Folgendes herausgefunden: Die CDU/CSU hat im Vergleich zum Wahlprogramm von 2017 im Wahlprogramm von 2021 die Chancen für die deutsche Wirtschaft, die mit der Klimakrise einhergehen, betont. Die Partei beschreibt die Bedrohungen der Klimakrise im Programm von 2021 detaillierter und hebt mehrfach hervor, dass die Bedrohung global sei und nicht nur zukünftige Generationen betrifft. Die im Wahlprogramm von 2021 genannten Klimaziele sind ambitionierter und präziser als im Wahlprogramm von 2017. Die USA werden im Gegensatz zum Programm 2017 in 2021 als zentraler Partner Deutschlands und der EU in der Klimaaußenpolitik benannt. Das Wahlprogramm von 2021 enthält konkretere Klimaschutzmaßnahmen, so kommen hier zum Beispiel erstmals die Förderung von Kohlenstoffsinken und Klimaanpassungsmaßnahmen für Deutschland vor. Die Klimakrise wird im Wahlprogramm von 2021 als Überlebensfrage für die Menschheit dargestellt, während das Wahlprogramm von 2017 sich stärker auf die Auswirkungen der Klimakrise auf die ärmsten Länder der Welt und zukünftige Generationen konzentrierte. Das Wahlprogramm von 2021 betont auch potenzielle wirtschaftliche Vorteile durch eine klimaneutrale Wirtschaft in Deutschland und der EU.

Der zweite Aspekt der Forschungsfrage dieser Arbeit war, auf welche Aspekte die beobachtbaren Veränderungen des Framings der Klimakrise in den beiden Wahlprogrammen zurückzuführen sind. Hierzu wurde der Entstehungskontext der beiden Wahlprogramme auf die acht von der Parteiwandelforschung als relevant erachteten Aspekte untersucht und verglichen. Unterschiede und somit ein hohes Interesse für die Beantwortung der Forschungsfrage fanden sich in diesen Aspekten: Vor der Wahlprogrammerstellung 2017 gab es keinen Wechsel der Parteiführung

innerhalb der CDU/CSU, während es 2021 anders aussah. In beiden Situationen führte die CDU/CSU die Bundesregierung an, jedoch hatte sie vor der Wahl 2021 mit einem historisch schlechten Wahlergebnis aus 2017 zu kämpfen. Insbesondere zeigte sich nach der Wahl 2017 ihre Schwierigkeit, Koalitionen mit bevorzugten Partnern wie der FDP zu bilden. Dies stellt eine Bedrohung für ihre beiden primären Ziele dar – die Regierung zu stellen und ihren Stimmenanteil zu maximieren. In dieser Zeit veränderte sich die öffentliche Meinung zur Klimapolitik, auch aufgrund von Klimastreiks wie Fridays for Future. Während die Weltwirtschaftslage im Vorfeld der Wahl 2017 gut aussah, war sie 2021 aufgrund der Pandemie stark betroffen, obwohl Anzeichen einer baldigen Erholung erkennbar waren.

In der Diskussion der Erkenntnisse aus beiden Aspekten der Forschungsfrage wurde überprüft, inwiefern lediglich von einer Korrelation gesprochen werden kann oder eine Kausalität plausibel erscheint. Die schlechten Wahlergebnisse der Union bei der Bundestagswahl 2017 und die begrenzten Koalitionsoptionen stellen eine Bedrohung für ihre zentralen Ziele dar, die Regierung zu stellen und Wähler*innenstimmen zu maximieren. Eine stärkere Betonung der Klimapolitik im Wahlprogramm 2021 könnte als Signal an die Grüne Partei als potenziellem Koalitionspartner dienen und das Ziel verfolgen, die Kompetenzzuschreibung der Union durch die Gesellschaft im Bereich der Klimapolitik zu erhöhen. Die Verbindung der Klimapolitik mit klassischen Kompetenzfeldern der Union unterstützt dies und zielt zudem darauf ab, Wähler*innenstimmen zu maximieren und einen Regierungsanspruch zu untermauern. Die Landwirtschaft wird als Teil der Klimaschutzstrategie der Union hervorgehoben, da sie eine Kernwählergruppe darstellt und von der Klimakrise betroffen ist. Das Wahlprogramm 2021 betont zudem, dass die Klimakrise eine Chance für die deutsche und europäische Wirtschaft darstellt, Technologieführer von klimaneutralen Innovationen zu werden, da die Weltwirtschaftslage schlechter als zur Programmerrstellung 2017 ist.

Die vier zu Beginn der Arbeit aufgestellten Hypothesen lassen sich zum Großteil bestätigen: Die erste Hypothese besagte, dass die CDU/CSU die Klimakrise im Wahlprogramm 2021 im Vergleich zum Programm aus 2017 als größere Bedrohung darstellt. Dies kann mit den Ergebnissen der qualitativen Inhaltsanalyse als bestätigt angesehen werden. Die zweite Hypothese war die Annahme, dass die Klimapolitik der CDU/CSU im Wahlprogramm 2021 zwar ausführlicher beschrieben wird als im

Programm 2017, die vorgeschlagenen Maßnahmen sich inhaltlich aber nicht unterschieden. Dieser Hypothese kann bedingt zugestimmt werden – es findet sich zwar kein Bruch mit den Maßnahmen aus dem Wahlprogramm 2017, aber dennoch sind Felder wie die Förderung von Kohlenstoffsinken oder Klimaanpassungsmaßnahmen neu hinzugekommen. Es fand also keine deutliche aber eine geringfügige Positionsverschiebung und -erweiterung statt. Die dritte Hypothese besagte, dass der Druck außerhalb der Partei durch Klimaaktivist*innen und den damit einhergehenden Wandel der öffentlichen Meinung maßgeblich dazu beigetragen hat, dass die Union ihr Framing hinsichtlich der Klimakrise verändert hat. Dieser Hypothese ist zuzustimmen. Auf Grund des starken Wähler*innenstimmenverlusts bei der Wahl 2017 scheinen die Parteien versucht zu haben, sich vermehrt an der öffentlichen Meinung zu orientieren und diese wurde maßgeblich durch Klimaaktivist*innen beeinflusst. Die vierte und letzte Hypothese besagte, dass ein weiterer Beweggrund für die Veränderung des Framings der Klimakrise in den Wahlprogrammen die Vorbereitung einer schwarz-grünen Koalition auf Bundesebene sei. Es gibt in der Parteiprogrammforschung bisher keine empirischen Belege dafür, dass Wahlprogramme Signale an potenzielle Koalitionspartner*innen senden sollen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Union zwei Legislaturen hintereinander widerwillig eine Große Koalition bilden musste, da sich keine anderen Koalitionsoptionen boten, scheint dies allerdings plausibel zu sein. Dennoch benötigtes zur eindeutigen Bestätigung dieser Hypothese noch weitere Forschung.

Die Arbeit kann als Beleg für die Vorteile der qualitativen Inhaltsanalyse gesehen werden: Im Gegensatz zur quantitativen Analyse des Manifesto Projects konnte hier gezeigt werden, inwiefern sich die Union klimapolitisch tatsächlich anders positioniert hat und nicht nur, dass das Thema im Wahlprogramm öfter genannt wurde. Weiterhin konnten mögliche Erklärungsansätze aufgefunden und kritisch diskutiert werden. Der Frame-Begriff nach Entman stellte sich für diese Analyse als stimmiger Ansatz zur deduktiven Kategorienbildung heraus. Bei der Auswahl der genutzten Theorie zur Parteiwandelforschung zeigt sich allerdings ein Problem: Eine Besonderheit der Klimapolitik ist, dass der Handlungsdruck aufgrund von vermehrten Extremwetterereignissen wie Dürren oder Flutkatastrophen steigt. Dieser Aspekt fehlt in der Parteiwandelforschung und somit in der vorliegenden Analyse – allerdings wird er zum Teil durch den Wandel der öffentlichen Meinung, der auch eine Folge der

Extremwetterereignisse ist, abgebildet. Eine scharfe Trennung der Veränderung der öffentlichen Meinung und erhöhtem Handlungsdruck durch Extremwetterereignisse ließe sich sowieso nicht vollziehen, dennoch sollte dies in kommenden Analysen zur Klimapolitik Betrachtung finden.

Wie Fagerholm in seinem 2016 erschienenen Literaturreview darlegt, gibt es bislang wenig Forschung im Bereich des Wandels von Parteipositionierungen, die über längere Zeiträume als zwei aufeinander folgende Wahlen angelegt ist (508). Eine Betrachtung des Framings der Klimakrise im nächsten Bundestagswahlprogramm der CDU/CSU scheint in diesem Kontext angebracht. Weiterhin können die diskutierten Ergebnisse nicht mit absoluter Sicherheit bestätigt werden. Sie scheinen vor dem gegebenen Forschungsstand im Bereich der Parteienforschung, der Klimaforschung sowie der Erkenntnisse aus der qualitativen Inhaltsanalyse der beiden Wahlprogramme lediglich plausibel. Interviews mit einschlägigen Politiker*innen der CDU/CSU könnten hier weiteren Aufschluss über die Beweggründe der Parteiführung zur Veränderung des Wahlprogramms geben und die hier getroffenen Annahmen bestätigen oder widerlegen. Weiterhin sind Wahlprogramme nicht das einzige Wahlkampfmaterial von Parteien. Um einen umfassenderen Überblick über das Framing der Klimakrise durch die Unionsparteien zu erhalten, sollten zudem weitere Wahlkampfmaterialien (wie das Kurzwahlprogramm, Flyer, Wahlplakate, Reden, Interviews und ähnliches) in eine anschließende Untersuchung mit einbezogen werden.

8. Literatur

Anan, Deniz (2017): Parteiprogramme im Wandel. Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Empirische Studien zur Parteienforschung).

Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hg.) (2022): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Böcher, Michael; Töller, Annette Elisabeth (2012): Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Bodle, Ralph; Donat, Lena; Duwe, Matthias (2016): The Paris Agreement. Analysis,

assessment and outlook. In: Carbon & Climate Law Review 2016, S. 5–22. Online verfügbar unter https://heinonline.org/hol-cgi-bin/get_pdf.cgi?handle=hein.journals/cclr2016&ion=6&casa_token=o8dzkkhzstyaaaaa:zy0jit3in6dx4bwpiuljspave5ddp8ld4k19z1n8t-s9rv_xzseephqog4krldiuh_gpalwfza.

Budge, Ian (1994): A New Spatial Theory of Party Competition: Uncertainty, Ideology and Policy Equilibria Viewed Comparatively and Temporally. In: Brit. J. Polit. Sci. 24 (4), S. 443–467. DOI: 10.1017/s0007123400006955.

Busch, Lea.; Mikos, Lothar (2022): Der politische Klimadiskurs. 1st ed. [S.l.]: Herbert von Halem Verlag. Online verfügbar unter <https://elibrary.utb.de/doi/book/10.1453/9783869625232>.

CDU (2023): Struktur der CDU. Online verfügbar unter <https://www.cdu.de/ueberuns/struktur-der-cdu>, zuletzt geprüft am 19.02.2023.

CDU / CSU (2017): Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017-2021. Online verfügbar unter <https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1>, zuletzt geprüft am 28.10.2022.

CDU / CSU (2021): Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>, zuletzt geprüft am 28.10.2022.

Decker, Frank (2019): Über Jamaika zur Fortsetzung der Großen Koalition. Die Entwicklung des Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2017. In: Karl-Rudolf Korte und Jan Schoofs (Hg.): Die Bundestagswahl 2017: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 201–224.

Decker, Frank; Neu, Viola (Hg.) (2018): Handbuch der deutschen Parteien. 3., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Dullien, Sebastian; Herzog-Stein, Alexander; Hohlfeld, Peter; Paetz, Christoph; Stephan, Sabine; Theobald, Thomas et al. (2020): Virus-Pandemie stürzt Weltwirtschaft in tiefe Rezession. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2020/2021. Hg. v. Hans-Böckler-Stiftung. Institut für Makroökonomik und

Konjunkturforschung (IMK). Düsseldorf (IMK Report, 157). Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2020052611301275531092>, zuletzt geprüft am 19.02.2023.

Entman, Robert M. (1993): Framing. Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: *Journal of Communication* 43 (4), S. 51–58. DOI: 10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x.

Fabel, Marc; Flückiger, Matthias; Ludwig, Markus; Rainer, Helmut; Waldinger, Maria; Wichert, Sebastian (2022): *The Power of Youth. Political Impacts of the "Fridays for Future" Movement*. Center for Economic Studies and ifo Institute Munich. München (9742).

Fagerholm, Andreas (2016): Why Do Political Parties Change their Policy Positions? A Review. In: *Political Studies Review* 14 (4), S. 501–511. Online verfügbar unter <https://journals.sagepub.com/doi/epub/10.1111/1478-9302.12078>, zuletzt geprüft am 28.10.2022.

Fichtner, Ferdinand; Baldi, Guido; Dreger, Christian; Engerer, Hella; Gebauer, Stefan; Rieth, Malte (2017): Weltwirtschaft und Euroraum. Globaler Aufschwung festigt sich trotz Risiken. In: *DIW Wochenbericht* 84 (24), S. 469–474.

Gabriel, Oscar (2013): Einstellungen der Bürger zu den politischen Parteien. In: Oskar Niedermayer (Hg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 319–347.

Harmel, Robert; Janda, Kenneth (1994): An Integrated Theory of Party Goals and Party Change. In: *Journal of Theoretical Politics* 6 (03), S. 259–287.

Hemmelmann, Petra (2017): *Der Kompass der CDU. Analyse der Grundsatz- und Wahlprogramme von Adenauer bis Merkel*. Wiesbaden: Springer VS.

Infratest Dimap (2013): *Wahlanalyse der Bundestagswahl am 22. September 2013*. Berlin.

Infratest Dimap (2021): *Blitz Deutschland nach der Wahl*. 27. September 2021. Online verfügbar unter <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2021/blitz-deutschland-nach-der-wahl/>, zuletzt geprüft am 26.10.2022.

Jun, Uwe; Niedermayer, Oskar (Hg.) (2020): *Die Parteien nach der Bundestagswahl*

2017. Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Kaack, Heino (1971): Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen: Westdt. Verl. Online verfügbar unter http://katalog.suub.uni-bremen.de/DB=1/LNG=DU/CMD?ACT=SRCHA&IKT=8000&TRM=18037424*.

Kercher, Jan; Brettschneider, Frank (2013): Wahlprogramme als Pflichtübung? Typen, Funktionen und Verständlichkeit der Bundestagswahlprogramme 1994-2009. In: Bernhard Weißels, Harald Schoen und Oscar W. Gabriel (Hg.): Wahlen und Wähler. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 269–290.

Kobiela, Georg; Samadi, Sascha; Kurwan, Jenny; Tönjes, Annika; Fishedick, Manfred; Koska, Thorsten et al. (2020): CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze. Diskussionsbeitrag für Fridays for Future Deutschland mit finanzieller Unterstützung durch die GLS Bank. 2. korrigierte Auflage. Hg. v. Wuppertal Institut. Online verfügbar unter https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2020/10/FFF-Bericht_Ambition2035_Endbericht_final_20201011-v.3.pdf, zuletzt geprüft am 28.10.2022.

Koos, Sebastian; Naumann, Elias (2019): Vom Klimastreik zur Klimapolitik. Die gesellschaftliche Unterstützung der „Fridays for Future“-Bewegung und ihrer Ziele. Forschungsbericht. Hg. v. Konstanzer Online-Publikations-System (KOPS). Konstanz. Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-1jdetkrk6b9yl4>, zuletzt geprüft am 28.10.2022.

Korte, Karl-Rudolf; Schoofs, Jan (Hg.) (2019): Die Bundestagswahl 2017: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Köser, Helmut (1971): Die Grundsatzdebatte in der SPD von 1945/46 bis 1958/59. Entwicklung und Wandel der Organisationsstruktur und des ideologie-typologischen Selbstverständnisses der SPD: eine empirisch-systematische Untersuchung. Doktorarbeit, Freiburg.

Krell, Gert (2020): Klimadiskurs kontrovers. Zwischen Alarmstimmung und Verharmlosung. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag. Online verfügbar unter <http://katalog.suub.uni->

bremen.de/DB=1/LNG=DU/CMD?ACT=SRCHA&IKT=8000&TRM=4218311633*.

Lauth, Hans-Joachim; Kneuer, Marianne; Pickel, Gert (Hg.) (2016): Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Matthes, Jörg (2014): Framing. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG (Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft, 10).

Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12. Aufl. Weinheim: Beltz (Beltz Pädagogik). Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-epflicht-1136370>.

Mayring, Philipp; Fenzl, Thomas (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 691–706.

Merz, Nicolas; Regel, Sven (2013): Die Programmatik der Parteien. In: Oskar Niedermayer (Hg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 211–238. Online verfügbar unter http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-18932-1_7.

Mohrmann, Günter (1986): Partei und Programmkonstruktion. Analyse von Organisationswirklichkeit und Innovationswirkung der Erstellung von Parteiprogrammen am Beispiel der Bremer FDP. Doktorarbeit. Universität Bremen, Bremen.

Müller, Marvin; Schürmann, Benjamin (2021): Das Wahlprogramm der CDU/CSU zur Bundestagswahl 2021. Alles "neu" bei der Union nach Merkel? Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Online verfügbar unter <https://democracy.blog.wzb.eu/2021/08/23/das-wahlprogramm-der-cdu-csu-zur-bundestagswahl-2021/>, zuletzt aktualisiert am 23.08.21, zuletzt geprüft am 19.10.22.

Myles Allen; Mustafa Babiker; Yang Chen; Heleen C. de Coninck (2018): IPCC SR15: Summary for Policymakers. In: IPCC Special Report Global Warming of 1.5 °C. Online verfügbar unter <https://research.tue.nl/en/publications/ipcc-sr15-summary-for-policymakers>.

Neverla, Irene; Schäfer, Mike S. (Hg.) (2012): Das Medien-Klima. Fragen und Befunde der kommunikationswissenschaftlichen Klimaforschung. Wiesbaden: VS Verlag für

Sozialwissenschaften.

Niedermayer, Oskar (Hg.) (2013): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Niedermayer, Oskar (Hg.) (2015): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Oppelland, Torsten (2020): Die CDU. Volkspartei am Ende der Ära Merkel. In: Uwe Jun und Oskar Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017. Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 43–69.

Pappi, Franz Urban; Shikano, Susumo (2004): Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002. Mannheim: MZES. Online verfügbar unter <https://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-76.pdf>.

Pickel, Susanne (2016): Methodologische Grundlagen des Vergleichs und Vergleichsdesigns. In: Hans-Joachim Lauth, Marianne Kneuer und Gert Pickel (Hg.): Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 25–45.

Pörtner, H. O.; Roberts, D. C.; Poloczanska, E. S.; Mintenbeck, K.; Tignor, M.; Alegría, A. et al.: IPCC 2022. Summary for Policymakers. Hg. v. H. O. Pörtner, D. C. Roberts, E. S. Poloczanska, K. Mintenbeck, M. Craig, S. Langsdorf, et al. Cambridge, UK and New York, NY, US (Climate change 2022: Impacts, adaptation, and vulnerability: contribution of working group II to the sixth assessment report of the intergovernmental panel on climate change). Online verfügbar unter <https://edoc.unibas.ch/91322/>.

Randerath, Astrid; Klaus, Julia (2021): Klimaschutz und die Union. Wie die Klimaunion ausgebremst wird. zdf heute. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/klimaunion-cdu-bundestagswahl-100.html>.

Reese, Stephen D. (2007): The Framing Project. A Bridging Model for Media Research Revisited. In: Journal of Communication 57 (1), S. 148–154. DOI: 10.1111/j.1460-2466.2006.00334.x.

Reichart-Dreyer, Ingrid (2000): Macht und Demokratie in der CDU. Dargestellt am Prozess und Ergebnis der Meinungsbildung zum Grundsatzprogramm 1994.

Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.

Riebe, Frauke; Marquardt, Jan (2022): Klimawandel & Wahlentscheidung 2021 - eine Frage des Alters? In: *easy_social_sciences* (67), S. 39–48.

Simonis, Georg (Hg.) (2017): Handbuch globale Klimapolitik. 1. Aufl. Paderborn: UTB; Ferdinand Schöningh (UTB L (Large-Format), 8672). Online verfügbar unter <https://elibrary.utb.de/doi/book/10.36198/9783838586724>.

Tereick, Jana (2016): Klimawandel im Diskurs. Multimodale Diskursanalyse crossmedialer Korpora. Berlin, Boston: De Gruyter (Diskursmuster - Discourse Patterns, v. 13).

Weßels, Bernhard; Schoen, Harald; Gabriel, Oscar W. (Hg.) (2013): Wahlen und Wähler. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Wiesendahl, Elmar (2022): Parteienforschung. Ein Überblick. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

ZDF (2021): CDU und CSU einigen sich auf Wahlprogramm. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/cdu-csu-union-wahlprogramm-bundestagswahl-100.html>, zuletzt geprüft am 19.02.2023.

Zolleis, Udo; Schmid, Josef (2015): Die CDU unter Angela Merkel – der neue Kanzlerwahlverein? In: Oskar Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 25–48.

9. Anhang

9.1 Analyse der Wahlprogramme

9.1.1 Wahlprogramm 2017

Kategorie: Problemdefinition

S.55f: „Wir müssen unsere gemeinsame geostrategische Verantwortung für Freiheit und Frieden wahrnehmen und bei der Bewältigung von Konflikten in unserer Nachbarschaft mithelfen. Deshalb hat die EU sich im Russland-Ukraine-Konflikt engagiert, deshalb streiten wir gemeinsam für das Klimaabkommen von Paris.“

S. 66: „Millionen Menschen leben in den ärmsten Ländern dieser Welt, oftmals konkret bedroht durch Klimawandel, Bürgerkriege, schlechte Regierungen oder Terror.“

S. 68: „Der Fortgang der Erderwärmung kann weltweit dramatische Folgen haben und erfordert deshalb gemeinsames Handeln. Ganze Länder und ihre Bevölkerungen sind davon betroffen. Aber auch in unseren gemäßigten Breiten würde der Fortgang des Klimawandels zu irreversiblen Schäden führen, die vor allem unsere Kinder und Enkel treffen würden.“

Kategorie: Ursachenzuschreibung

S. 6: „Weltweit wachsen Bevölkerung und Wohlstand. Dadurch steigen der Verbrauch an Rohstoffen und der Ausstoß von CO₂.“

S.67: „[...] die großen Umweltprobleme, die durch jahrzehntelangen Raubbau an den Ressourcen der Natur weltweit entstanden sind [...]“

Kategorie: Lösungszuschreibung / Handlungsaufforderung

S.6: „Klimaschutz und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind existenziell wichtig. [...] Wir müssen beweisen, dass intakte Umwelt, Wachstum und Wohlstand keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille sind. Deshalb geht Europa beim Klimaschutz und Umweltschutz voran, deshalb stehen wir zum weltweiten Klima-Abkommen von Paris.“

S. 10: „Notwendige Regelungen zum Umwelt- und Klimaschutz dürfen nicht zur Verlagerung von Arbeitsplätzen in Ländern mit geringeren Umwelt-Auflagen führen.“

S. 16: „Wir werden einen Innovationsfonds für die Landwirte auflegen. Wir wollen den technischen, biologischen und digitalen Fortschritt durch Agrarforschung und Innovationen wie Präzisionslandwirtschaft beschleunigen. So können wir zu Ressourcen- und Klimaschonung einen weiteren Beitrag leisten. Auch deshalb ist der gleichwertige Ausbau der digitalen Infrastruktur im ländlichen Raum so wichtig.“

S. 19f: „Wir wollen, dass Deutschland Logistikweltmeister bleibt. Wir werden deshalb den Güterverkehr stärken. Dazu schaffen wir verbesserte Wettbewerbsbedingungen für das umwelt- und klimafreundliche System Schiene. Die Senkung der Trassenpreise im Schienengüterverkehr werden wir konsequent weiterverfolgen.“

S.26f: „Vorschriften für Neubauten zum Schutz von Umwelt und Klima sowie zur Reduzierung von Energiekosten amortisieren sich oftmals erst nach Jahrzehnten.“

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Förderangeboten der KfW werden wir deshalb Lösungen prüfen, die eine Amortisation dieser Kosten über die gesamte Lebensdauer des Gebäudes ermöglichen und so den Kreditrahmen junger Familien entlasten.“

S 28: „Durch den Ausbau erneuerbarer Energien wurde in erheblichem Umfang Wertschöpfung in die ländlichen Räume zurückverlagert. Deshalb ist der planbare, berechenbare und marktwirtschaftliche Fortgang der Energiewende für diese Regionen von besonderer Bedeutung.“

S.47f: „· Bis sich die Elektromobilität endgültig durchgesetzt hat, bleiben moderne Dieselfahrzeuge aufgrund ihres geringen CO²-Ausstoßes eine wichtige Option.

- Die Potenziale der Digitalisierung werden wir auch im Verkehrssektor nutzen – unter anderem durch die intelligente Vernetzung verschiedener Verkehrsangebote und die Shared Mobility. Durch die Vernetzung von Ampeln und Fahrzeugen wird der Verkehrsfluss in den Städten verbessert werden, wodurch Verbrauch und Schadstoffausstoß ebenso sinken wie die Wegezeiten.

- Wir unterstützen die Antriebswende im Verkehr und verfolgen eine technologieoffene Gesamtstrategie zur Förderung des Markthochlaufs alternativer Kraftstoffe und Antriebe wie der Elektromobilität und der Brennstoffzelle. Die Förderung des Aufbaus einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur, die alle Regionen für die Elektro- und Wasserstoffmobilität erschließt, führen wir fort – und errichten 50 000 Ladesäulen in ganz Deutschland.

- Wir wollen die Elektromobilität vor allem in den Städten deutlich ausbauen. Nach dem Vorbild des Street-Scooters der Deutschen Post wollen wir die Umrüstung der Fuhrparks von Behörden, Handwerksbetrieben und Taxiunternehmen, von Bussen und Bahnen energisch vorantreiben und fördern. Dadurch erreichen wir diejenigen Fahrzeuge mit einer besonders großen Fahrleistung und reduzieren dadurch den Schadstoffausstoß überproportional.

[...]

- Wir erwarten von den betroffenen Städten, dass sie auch die Fahrrad-Mobilität fördern, ähnlich wie dies in den Niederlanden oder in der Stadt Münster der Fall ist. Gerade junge Menschen sind häufig bereit, auf Fahrräder umzusteigen. Der Bund wird den Fahrradverkehr und den Radwegebau weiter fördern. Wir starten ein Programm zur Förderung von Radschnellwegen, die unabhängig von vorhandenen

Bundesstraßen verlaufen.“

S. 54: „Die Energiewende wird weit besser gelingen, wenn wir die Digitalisierung nutzen, um Erzeugung, Vermarktung und Verbrauch von Energie miteinander zu vernetzen. Dadurch wird die Versorgungssicherheit erhöht und die Kosten werden begrenzt.

- In der Landwirtschaft können durch satellitengestützte „Präzisionslandwirtschaft“ Millionen Tonnen Düngemittel eingespart und Umweltschäden vermieden werden.

- Drohende Umweltschäden können durch die Digitalisierung frühzeitig erkannt und verhindert werden. Das gilt für die Verhinderung von Bodenerosion, den Schutz der Regenwälder und des Meeres und für viele andere Bereiche.“

S.66: „Unsere besonderen Bemühungen gelten dem Kontinent Afrika. [...] Afrika benötigt [...] Schutz gegen Klimawandel [...].“

S.67: „Der Schutz von Umwelt und Klima ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen das ökologische Gleichgewicht unseres Planeten erhalten und allen Menschen in Deutschland ein Leben in einer gesunden und intakten Umwelt ermöglichen.“

S. 67: „Umwelt und Wohlstand, Wachstum und Klimaschutz sind keine Gegensätze. Nur durch qualitativ hochwertiges und nachhaltiges Wachstum können wir unsere Lebensqualität dauerhaft sichern. Und die großen Umweltprobleme, die durch jahrzehntelangen Raubbau an den Ressourcen der Natur weltweit entstanden sind, können wir nur durch den Einsatz modernster Technologie lösen. Wir wollen deshalb beides: Gute Umwelt und gute Wirtschaft.“

S. 68: „Deutschland ist Pionier im internationalen Umweltschutz. Mit Klaus Töpfer und Angela Merkel als Umweltministern haben wir schon früh die Weichen für eine enge internationale Zusammenarbeit in Umweltfragen gestellt.“

S. 68: „Deutschland ist weltweit führend bei Ressourceneffizienz und grüner Technologie (Green-Tec). Damit wollen wir auch andere Länder wirksam unterstützen.“

S.68: „Das Pariser Klimaschutz-Abkommen von 2015 ist der bislang größte Erfolg der internationalen Bemühungen zur Begrenzung der Erderwärmung. Dem Abkommen haben sich praktisch alle Länder dieser Welt angeschlossen. Wir bedauern die Entscheidung der amerikanischen Regierung, aus dem Abkommen auszutreten, und werden gemeinsam mit Frankreich und anderen Ländern entschieden für den Erhalt

und den Erfolg des Abkommens eintreten.“

S. 68: „Auf dem G7-Gipfel in Elmau wurde vor zwei Jahren die Dekarbonisierung der weltweiten Energieerzeugung bis zum Ende dieses Jahrhunderts beschlossen. Langfristig muss ein großer Teil der fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas durch umweltfreundliche Energien ersetzt werden.“

S. 68f: „Mit der Einleitung der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien hat Deutschland hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet und Alternativen zu den fossilen Energien aufgezeigt. Unser Beispiel wird jedoch nur Schule machen, wenn die Energiewende gelingt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten bleibt. Deshalb muss die Energiewende marktwirtschaftlich organisiert werden. Dabei sind wir seit 2013 einen großen Schritt vorangekommen.“

S. 69: „Wir halten an unseren bestehenden Energie- und Klimazielen fest und setzen sie Schritt für Schritt um. Dies gilt auch für den 2016 beschlossenen Klimaschutzplan. Wir lehnen dirigistische staatliche Eingriffe in diesem Bereich ab und setzen stattdessen auf marktwirtschaftliche Instrumente. Damit das Klima Zukunft hat.“

Kategorie: Explizite Bewertung

S. 66: „[...] bedroht durch Klimawandel [...]“

S. 68: „Der Fortgang der Erderwärmung kann weltweit dramatische Folgen haben [...]“

9.1.2 Wahlprogramm 2021

Kategorie: Problemdefinition

S.6: „Weder das Coronavirus noch der Klimawandel oder die digitale Transformation machen an Grenzen halt.“

S.15: „Überlebensfragen der gesamten Menschheit und deshalb Schwerpunkte unserer Klima-Außenpolitik sind das Erreichen der Klimaziele sowie die Bewahrung der Artenvielfalt und der Wälder.“

S. 15: „Wo der Klimawandel die Sicherheit gefährdet, muss die internationale Gemeinschaft präventiv handeln.“

S. 15: „Die Herausforderungen der Erderwärmung sind global.“

S. 30: „Europa hat die Chance, der erste Kontinent CO₂-neutraler Mobilität zu werden. Wir wollen ihr zum Durchbruch verhelfen und damit weltweites Vorbild sein.“

S. 41: „Klimaneutralität wird ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft werden.“

S. 46: „Durch die Klimaveränderung ist der Wald geschädigt und bedroht. Wir haben in der Dürre der vergangenen Jahre und durch die nachfolgende Borkenkäferplage sehr viele wertvolle Wälder verloren.“

S. 47: „Der Kampf gegen den Klimawandel ist auch ein Kampf für ausreichend Wasser.“

S. 49: „Die deutsche Luftverkehrswirtschaft [...] soll zum Technologieführer für das klimaneutrale Fliegen werden.“

S. 53: „Die Landwirtschaft, der Garten- und Weinbau sowie die Fischerei sind genauso wie der Wald vom Klimawandel betroffen. Immer stärker ist sein Einfluss auf die Ernten zu erkennen. Trockenheit, Spätfröste und Starkregenereignisse nehmen zu.“

S.119: „Die nächste Krise kann ihren Ursprung im Klimawandel haben, durch Extremwetterereignisse wie Dürren, Trinkwassermangel, Waldbrände oder Hochwasser ausgelöst werden [...].“

Kategorie: Ursachenzuschreibung

Keine einschlägigen Textstellen im Wahlprogramm aus dem Jahr 2021

Kategorie: Lösungszuschreibung / Handlungsaufforderung

S. 4: „Unsere Richtung ist klar: Wir wollen den Wandel gestalten, damit Deutschland an der Spitze bleibt. Aber unsere Vorstellung ist: Sicherheit im Wandel. Wir wollen stark aus der Krise kommen und eine neue Dynamik schaffen. Eine Dynamik, die Wirtschaft und Klimaschutz voranbringt, Arbeitsplätze sichert und neue schafft, Familien unterstützt und eine moderne Arbeitswelt gestaltet. Dabei stürmen wir nicht blind ins Morgen, sondern halten Maß und Mitte.“

S.5: „Wir wollen ein modernes Deutschland, das an morgen denkt, heute handelt und gemeinsam ganz Großes weiterwachsen lässt: wirtschaftliche Stärke, konsequenten Klimaschutz und soziale Sicherheit. Deshalb soll Deutschland deutlich vor Mitte des Jahrhunderts eine klimaneutrale Industrienation werden.“

S.6: „Wir können die großen weltweiten Menschheitsaufgaben [gemeint: Coronavirus,

Klimawandel und digitale Transformation Anm. KW] nur lösen, wenn wir sie gemeinsam global anpacken. Es ist in unserem eigenen Interesse, dass wir international mehr Verantwortung übernehmen.“

S. 8: „Nur in enger Abstimmung [mit den USA, Anm. KW] werden wir gestaltende Impulse in der Klima-, Handels-, Wissenschafts- und Technologiepolitik setzen können.“

S.8: „Wir wollen zudem[...] klimaaußenpolitisch mit den USA eng zusammenarbeiten.“

S. 10: „Wir suchen zugleich weiter den Dialog und die Zusammenarbeit mit Russland dort, wo gemeinsame Interessen bestehen. So ist beispielsweise weltweiter Klimaschutz ohne Russland nicht wirkungsvoll und wirtschaftliche Zusammenarbeit im allseitigen Interesse.“

S.13: „Die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, das Pariser Klimaschutzabkommen und die Menschenrechte sind unser Leitbild für eine gerechte Globalisierung, für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung in der Welt.“

S.14: „Die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone bietet die Chance für weitere Öffnungsschritte des EU-Binnenmarkts, für den Klimaschutz und für die Kooperation in Zukunftstechnologien.“

S.15: „Wir wollen dazu beitragen, die Chancen der Digitalisierung, der Erneuerbaren Energien oder nachhaltiger Mobilität zu nutzen. In Partnerschaft mit der deutschen Wirtschaft und im Rahmen unserer europäischen Klimaaußenpolitik treiben wir so die Energiewende in Afrika voran.“

S.15: „Wir setzen uns für ein Bündnis zur Stärkung innovativer klimafreundlicher Technologien weltweit ein.“

S. 15: „Wo der Klimawandel die Sicherheit gefährdet, muss die internationale Gemeinschaft präventiv handeln.“

S. 15: „Wir wollen im Rahmen der internationalen Klimafinanzierung die Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel und beim Umweltschutz durch den Transfer von technischem Wissen unterstützen. Daher streben wir im Rahmen unserer europäischen Clean-Tech-Initiative eine enge Klimapartnerschaft mit Ländern in Asien, in der arabischen Welt und in Lateinamerika an.“

S.15: „Deshalb wollen wir, dass Deutschland als weltweit führendes und modernes Industrieland hier [bei der Begrenzung der Erderwärmung, Anm KW] im Rahmen der Internationalen Gemeinschaft einen übergeordneten Beitrag leistet. So wollen wir beispielsweise den Aufbau und die Finanzierung von Abfallsammel- und Sortiersystemen unterstützen sowie die Zusammenarbeit gegen die Meeres- und Umweltverschmutzung intensivieren.“

S.15: „Wir setzen uns dafür ein, dass internationale Kohlenstoffsinken wie Regenwälder geschützt werden und ihre Leistung honoriert wird.“

S.15: „Unser ist Ziel ist, dass langfristig ein globaler Emissionshandel etabliert wird.“

S. 15: „Wir wollen moderne Handelspolitik auch als Instrument dazu nutzen, hohe Standards und wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz global durchzusetzen.“

S.15f: Zur Eindämmung der Erderwärmung ist entscheidend, dass Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Wirtschaft von Anfang an klimafreundlich aufbauen. Wir wollen, dass internationale Erfolge beim Klimaschutz auch in nationalen Klimabilanzen berücksichtigt werden – zusätzlich zu den eigenen Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland. Denn jede eingesparte Tonne CO₂ zählt – egal, wo sie eingespart wird. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass sich die nächste Klimakonferenz in Glasgow darauf verständigt, neben den ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene auch Emissionsminderungen durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern auf nationale Klimaziele anteilig anzurechnen. Dabei müssen Doppelanrechnungen wirksam ausgeschlossen werden.“

S.20: „Mit dem Green Deal machen wir Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt.“

S.21: „Wir wollen einen EU-Klimaaußenbeauftragten zur Stärkung und Bündelung der EU-Klimaaußenpolitik, der Europa als globalen Akteur im Einsatz für den Klimaschutz positioniert. Er soll eine Europäische Clean-Tech-Initiative voranbringen, die Partnerschaften bei modernsten Umwelttechnologien aufbaut.“

S. 21: „Wir werden den europäischen Emissionshandel auf den Verkehr- und Wärmesektor ausweiten. Mit mehr Ehrgeiz wird der Emissionshandel in allen Bereichen sicherstellen, dass sich ein stabiler, fairer und transparenter Preis für Treibhausgase bildet.“

S. 23: „Wir wollen Anreize schaffen, dass unsere hohen Standards, zum Beispiel beim Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz, international zum Standard werden. Denn unser Ziel ist multilateraler, fairer und regelbasierter Handel, der Wohlstandsperspektiven für alle eröffnet, den Kampf gegen den Klimawandel verstärkt, Kinderarbeit ächtet und auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in anderen Ländern hinwirkt.“

S. 23: „Wir wollen Sanktionsmechanismen [im Welthandel, Anm. KW] bei Verstößen gegen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzaspekte etablieren und weiter stärken.“

S. 30: „Deshalb wollen wir dieses Jahrzehnt nutzen, um mit unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn eine so enge infrastrukturelle Vernetzung zu erreichen, wie wir sie zum Beispiel zwischen Deutschland, Frankreich und den Beneluxstaaten in den letzten Jahrzehnten zum Wohle unserer Länder und ganz Europas entwickelt haben. Dazu werden wir uns mit europäischer Unterstützung für ein Programm „grenzüberschreitende Vernetzung und Infrastrukturausbau“ einsetzen, das verkehrs- und klimapolitisch neue Akzente setzt und auch die militärische Mobilität verbessert.“

S. 30: „[Um Europa zum ersten Kontinent CO₂-neutraler Mobilität zu machen, Anm KW] wollen wir den Wettbewerb der besten Ideen technologieoffen befördern.“

S. 33: „Wir werden unsere Wirtschaft wieder in Schwung bringen und für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze sorgen. Dabei verbinden wir nachhaltiges Wachstum, Klimaschutz und soziale Sicherheit miteinander.“

S. 33: „Auf diese Prinzipien [der sozialen Marktwirtschaft, Anm. KW] setzen wir auch im Kampf gegen den Klimawandel.“

S.33: „Wir wollen jetzt, in diesem Jahrzehnt, die entscheidenden Schritte gehen, damit Deutschland bis 2045 ein klimaneutrales Industrieland wird.“

S. 34: „Auch in Zukunft werden wir Wirtschaftskompetenz mit praktizierter Solidarität und effizientem Schutz der Umwelt und des Klimas verbinden.“

S. 40: „Die Pariser Klimaziele sind die Grundlage für unsere internationale Verantwortung als Industrieland. Zum Erreichen brauchen wir innovative Technologien, wirtschaftliche Investitionen und ein koordiniertes Handeln von Politik, Industrie und Gesellschaft. Nur wenn Technologien, Investitionen und Projekte in die Dekarbonisierung sich letztlich als wirtschaftlich erweisen, wird die Jahrhundert-

Transformation gelingen. Nur wenn Investitionen in die Dekarbonisierung zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führen, werden neue Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten entstehen.“

S. 40: „Wir setzen verbindlich die Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 um. So schaffen wir unseren deutschen Beitrag, um international den 1,5 Grad-Pfad zu beschreiten. Dabei setzen wir auf neue Technologien und Innovationen. Zusätzlich streben wir zum Erreichen der Pariser Klimaziele internationale Klimakooperationen an, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen.“

S.41: „Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren, um dann auf einem konkret beschriebenen Pfad im Jahr 2040 88 Prozent Minderung und im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Deutschland wird hier als Industrieland eine große Verantwortung übernehmen, damit bis 2050 weltweit CO₂-Neutralität erreicht wird.“

S. 41: „In bestimmten Bereichen können Prozessemissionen kontinuierlich gesenkt, jedoch nicht vollständig vermieden werden. Wir werden Forschung, Entwicklung und Pilotprojekte unterstützen, um sicherzustellen, dass sie über sogenannte negative Emissionen in anderen Bereichen ausgeglichen werden können.“

S. 41: „Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen wir auf effiziente marktwirtschaftliche Instrumente als Leitinstrumente innerhalb eines Instrumentenmixes. Heute schon und in Zukunft.“

S. 41: „Wir setzen auf das Instrument des Emissionshandels und kompensieren entstehende Mehrbelastungen mit gezielten Entlastungen in den Bereichen Wohnen und Mobilität. Aufbauend auf dem europäischen Emissionshandel für Energie und Industrie wollen wir den europäischen Emissionshandel im Luftverkehr stärken und in weiteren Sektoren wie Mobilität und Wärme sowie dem Schiffverkehr so schnell wie möglich etablieren.“

S. 41: „Davon ausgehend streben wir einen umfassenden europäischen Emissionshandel mit einheitlichem Preis und globaler Anschlussfähigkeit an.“

S. 41: „Wir wollen den Aufwuchspfad der CO₂-Bepreisung straffen und so schnell wie möglich zu einem Europäischen Emissionshandel für Mobilität und Wärme übergehen.“

S.41: „Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes schaffen wir die EEG-Umlage ab.“

S. 41: „Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO₂-Reduktion sollen künftig steuerlich besser abgesetzt werden können. Im Rahmen einer Klimateffizienzreform wollen wir auf das Klimapakete aufbauen und energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf CO₂-Ausstoß ausrichten.“

S. 41: „Für uns ist klar: Maßnahmen zum Klimaschutz dürfen nicht an unseren Grenzen haltmachen.“

S. 41: „Bei allen Maßnahmen werden wir darauf achten, dass Produktionsprozesse nicht in Drittstaaten mit geringeren Klimaschutzstandards verlagert und Emissionen dort weiterhin ausgestoßen werden (Carbon-Leakage-Schutz).“

S. 42: „Eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung ist für unser Industrieland Pflicht, nicht Kür.“

S. 42: „Um unsere Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb vor Wettbewerbsverzerrungen zu schützen, streben wir international höhere Standards und angepasste Preise an. Zudem wollen wir in internationalen Klimakooperationen mit großen Volkswirtschaften ambitionierte Standards etablieren. Ergänzend dazu wollen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern einen WTO-konformen CO₂-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism) einführen.“

S. 42: „Wir sehen zudem in Carbon Contracts for Difference ein wichtiges Instrument, um unsere Unternehmen beim Klimaschutz zu unterstützen.“

S. 42: „Wir werden beim Klimaschutz entscheidend weiterkommen, wenn wir auf Innovationen und neue Technologien setzen. Dabei wollen wir sowohl Unternehmen als auch Verbraucherinnen und Verbraucher unterstützen.“

S. 42: „Wir werden Verbraucherinnen und Verbraucher bei Investitionen in besonders ressourcenschonenden digitalen Technologien unterstützen. Sie müssen bei Konsum- und Produktionsentscheidungen auf einen Blick nachvollziehen können, welche CO₂-Bilanz ein Produkt hat.“

S.42: „Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir die Möglichkeiten zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) sichern und fördern. Hierfür sind

intakte Kohlenstoffkreisläufe (CCU) und damit die Technologien zur feststofflichen Speicherung (CCUS) ebenso wie der Aufbau einer CO₂-Infrastruktur erforderlich.“

S. 42: „Wir werden die Digitalisierung nutzen, um kosteneffizienter CO₂ zu verringern und Startups sowie kleine und mittlere Unternehmen fördern, die digitale Lösungen für Energie- und Ressourceneffizienz entwickeln. Wir wollen insbesondere die Clean-Tech-Forschung fördern.“

S. 42: „Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend voranbringen und daher deutlich schneller ausbauen, damit der stark steigende Energiebedarf gedeckt wird. Nur so wird die Energiewende in allen Bereichen gelingen, und nur so werden die Pariser Klimaziele erreicht werden. Wir setzen auf einen intelligenten und diversifizierten Energiemix, der nachhaltig und sicher ist. Dazu gehört die Energiegewinnung aus Sonne und Wind genauso wie nachhaltige Biomasse, Wasserkraft und Geothermie im ländlichen Raum. Hierbei wird die Akzeptanz der Bevölkerung ebenso entscheidend für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sein wie Planungssicherheit und wenig Bürokratie.“

S. 43: „Mit einem Sonnenpaket werden wir den Ausbau der Photovoltaik fördern. Genehmigungsverfahren für Photovoltaikanlagen wollen wir möglichst einfach über eine Onlineplattform gestalten. Wir wollen, dass beim Bau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen der Landwirtschaft keine zusätzlichen Flächen für naturschutzrechtlichen Ausgleich entzogen werden, wenn Mindestkriterien für Naturschutz und biologische Vielfalt auf der Anlagenfläche erfüllt werden.“

S. 43: „Wir fördern den naturverträglichen Ausbau von Wind onshore und offshore sowie das Repowering von Anlagen. Wir wollen im Rahmen der Europäischen Offshore-Strategie und des nationalen Wind-See-Gesetzes auch grenzüberschreitende Energiekooperationen eingehen. Hierzu streben wir an, dass Flächen explizit für Erneuerbare Energien ausgewiesen werden. Dazu wollen wir prüfen, ob vermehrt Flächen entlang von Verkehrswege [sic!] im Rahmen von Vorrangflächen für die Nutzung durch Erneuerbare Energien eingerichtet werden können.“

S. 43: „Wir brauchen Energiespeicher, um die Schwankungen der Erneuerbaren Energie in wind- und sonnenschwachen Zeiten auszugleichen. Wir werden die dafür notwendige Technologieentwicklung und -umsetzung weiter fördern und prüfen,

inwieweit wir den gespeicherten Strom von allen Umlagen und Entgelten befreien können.“

S. 43: „Besonders unsere Handwerksbetriebe sind mit ihrer Expertise für die Energiewende entscheidend. Wir werden sie dabei unterstützen, genügend Fachkräfte auszubilden und zu gewinnen. Hier kommt es besonders auf Aus- und Weiterbildung im Bereich neuer Technologien an.“

S. 43: „Stromnetze sind die Lebensadern der Energiewende. Sie sind Garanten für die Versorgungssicherheit Deutschlands. Wir wollen prüfen, wie wir im Bereich der Übertragungsnetze für mehr Kostenwettbewerb und beschleunigte Investitionen sorgen können. Wir wollen den Bau der notwendigen Stromleitungen beschleunigen. Wo immer möglich, sollen Trassen klug gebündelt und anwohnerverträglich realisiert werden.“

S. 43: „Wir wollen die Forschung und Entwicklung von neuen Energieerzeugungsverfahren technologieoffen unterstützen. Wir müssen zu große Stromimportabhängigkeiten vermeiden.“

S. 43: „Unser Marktstammdatenregister wollen wir zu einem digitalen, öffentlichen Echtzeit-Energiekataster weiterentwickeln. So wollen wir Investitionssicherheit schaffen und Genehmigungen vereinfachen. Angelehnt an das Prinzip des Grundbuches wird transparent, welche Energieprojekte aktuell am Netz sind und welche wann und wo zukünftig entstehen.“

S. 44: „Zur Effizienzgewinnung setzen wir vor allem auf technologische Weiterentwicklung und Innovationen – bei Produkten ebenso wie bei Verfahren. Hierzu gehören Quartiersansätze, die Wärmeeffizienz, der Ausbau und die Modernisierung der Wärme- und Stromnetze, die Digitalisierung und Betriebsoptimierungen ebenso wie der Ausbau von Speicherkapazitäten und energetische Baustandards.“

S.44: „Um die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien noch besser zu fördern, werden wir die KfW-Programme attraktiver gestalten.“

S.44: „Die Steuerförderung der Gebäudesanierung wollen wir auf vermietete Immobilien und auf Gewerbeimmobilien ausdehnen.“

S. 44: „Wir werden gewerbliche Investitionen, die einen Beitrag zur Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung leisten, durch eine schnellere Abschreibung begünstigen.“

S. 44: „Viele der für die Transformation notwendigen Technologien existieren bereits. Eine wichtige Rolle spielt dabei CO₂-neutraler Wasserstoff – als vielseitiger Energieträger, flexibler Energiespeicher und wichtiger Grundstoff für chemische Prozesse. Wasserstoff ermöglicht eine Dekarbonisierung auch da, wo Erneuerbare Energie nicht direkt eingesetzt werden kann. Bedeutende industrielle Prozesse, etwa in der Stahl- und Zementindustrie, lassen sich nur mit Wasserstoff klimaneutral gestalten. Und auch im Bereich der Mobilität, kurz- und mittelfristig für den Lkw- und Schiffsverkehr, können wir durch den Einsatz von Wasserstoff erheblich zur Reduzierung von CO₂ beitragen. Deshalb gilt es nun, die umfassende Wertschöpfungskette zur Wasserstofferzeugung inklusive der erforderlichen Netzinfrastruktur aufzubauen.“

S.44: „Wir werden die nationale Wasserstoff-Agentur stärken, um die Wasserstoffstrategie umzusetzen und internationale Kooperationen zum Import von Wasserstoff, den Infrastrukturausbau sowie die Umnutzung bestehender Systeme voranzutreiben.“

S.44: „Wir wollen Innovationszyklen beschleunigen, Power-to-X-Technologien zielgerichtet fördern und einen Marktrahmen für klimaneutrale Gase mit der hierfür nötigen Infrastruktur auf Basis der vorhandenen Gasleitungen und -speicher sowie CO₂-Transparenz in Europa schaffen.“

S.44: „Wir werden Deutschlands Position mit Forschung zur Serienfertigung von Elektrolyseuren, Brennstoffzellen und durch die Einrichtung von Wasserstoff-Technologie- und Innovationszentren ausbauen.“

S.44: „Mit dem Aufbau eines Europäischen Wasserstoffnetzwerks wollen wir sicherstellen, dass die zukünftige Nachfrage auf dem europäischen und globalen Wasserstoffmarkt bedient werden kann. Dazu wollen wir das Förderkonzept „H₂ Global“ weiterentwickeln.“

S. 44f: „Wir werden Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien gewinnen. Neben diesem sogenannten grünen Wasserstoff werden wir in der Übergangszeit auch den blauen Wasserstoff akzeptieren. Mit dem Aufbau eines starken europäischen Heimatmarktes für nachhaltige Wasserstofftechnologien fördern wir Deutschland nicht nur als Industriestandort. Wir tragen auch dazu bei, für Wasserstofftechnologien international große Anwendungsmöglichkeiten zu schaffen, sodass ein globaler Wasserstoffmarkt

entstehen kann.“

S. 45: „Wir werden die Gasnetze in Deutschland schneller ausbauen und für die Einspeisung von Wasserstoff ertüchtigen.“

S.45: „Kreislaufwirtschaft muss sich lohnen. Sie schont natürliche Ressourcen, spart Energie und Emissionen, schafft Arbeitsplätze und sichert Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Unser Ziel sind Rohstoffe „Made in Germany“. Wir wollen die Rohstoffe, die unsere Industrie benötigt, vorrangig im eigenen Land gewinnen und Recyclingrohstoffe einsetzen. Das hilft dem Klimaschutz und macht uns unabhängiger von Importen aus dem Ausland.“

S. 45: „Wir setzen uns für einen Einsatz von nachhaltig abgebauten Rohstoffen ein, die möglichst lange genutzt werden können. Damit leisten wir einen wichtigen weltweiten Beitrag für den Ressourcen- und Klimaschutz.“

S. 46: „Unsere Wälder sind die grüne Lunge unseres Landes und unser wichtigster Klimaschützer. Sie produzieren Sauerstoff und speichern große Mengen von CO₂.“

S. 46: „Bund und Länder haben ein 1,5-Milliarden-Euro-Paket für die Wiederbewaldung, die Anpassung der Wälder an den Klimawandel und für die Unterstützung der nachhaltigen Forstwirtschaft geschnürt. Dieses Paket muss auch den Kleinwaldbesitzern zugänglich sein. Damit helfen wir den Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern beim Aufbau klimastabiler Mischwälder mit standortangepassten Baumarten.“

S. 46: „Nachhaltig bewirtschaftete Wälder und besonders die Verwendung von Holzprodukten mit langen Lebenszyklen verlängern die CO₂-Speicherleistung des Waldes.“

S. 46: „Damit wir die Klimaschutzziele erreichen, müssen wir neben der wichtigen Verringerung der Emissionen die CO₂-Minderung von Wald und Holz stärken. Deshalb werden wir die Klimaschutzleistungen des Waldes unter Einbezug der Holzprodukte finanziell honorieren und eine CO₂-Bindungsprämie einführen. So kann die Klimaleistung des Waldes dauerhaft und verlässlich abgegolten werden und ein zentraler Baustein zur Honorierung weiterer Ökosystemleistungen des Waldes sein, die wir voranbringen wollen. Auch werden wir den Einsatz von Holz als Bau-, Werk- und Brennstoff voranbringen und Hemmnisse abbauen. Dazu werden wir eine Holzbauoffensive starten.“

S. 47: „Der Nutzung von Regenwasser wollen wir eine deutlich größere Aufmerksamkeit schenken und hierzu das Konzept von Schwammstädten, etwa durch Anpassungen bei Straßenrändern zur Versickerung im Zuge von Modernisierungen, in Beispielkommunen testen.“

S. 47: „Wir werden ein Förderprogramm auflegen, das regionale Wasserkreisläufe stärkt.“

S. 47: „Über Aufklärungskampagnen und modernes Wassermanagement werden wir das Allgemeingut Wasser schützen. Das Wasser muss stärker in der Fläche gehalten werden, um unsere Böden, die Land- und Forstwirtschaft und die Ökosysteme widerstandsfähiger für Dürrezeiten zu machen.“

S. 47: „Wir werden die Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie umsetzen. Wir streben an, freifließende Flüsse mit natürlichen Flussläufen als naturnahe Referenzflüsse auszuweisen. Hochwasserprävention an Flüssen und Küsten dient dem Schutz unseres Lebens und unserer Lebensgrundlagen. Daher werden wir uns für naturnahen Binnen- und Außendeichbau und den Schutz unserer Auen einsetzen.“

S. 47: „Eine starke Schiene und der Öffentliche Personennahverkehr sind ein bedeutender Faktor für die Dekarbonisierung des Verkehrs.“

S. 48: „Um das Stauaufkommen auf den Autobahnen zu reduzieren und Klimaziele zu erreichen, wollen wir mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und auf die Wasserstraße verlagern. Dazu werden wir in saubere Fahrzeuge und leistungsfähige Infrastruktur investieren, auch in neue Ladestationen für Binnenschiffe in Häfen (Landverstromung).“

S. 48: „Wir stehen vor einem Modernisierungsjahrzehnt für die Automobilindustrie. Immer mehr deutsche Automobilhersteller kündigen an, aus der Herstellung von Verbrennermotoren auszusteigen. Wir werden den Umstieg in emissionsfreie Mobilität für alle attraktiv gestalten und dazu einen Fahrplan vorlegen. Damit sorgen wir dafür, dass alle Interessen berücksichtigt werden – von Verbraucherinnen und Verbrauchern, Unternehmen inklusive der Zuliefererindustrie, von Beschäftigten und im Sinne eines nachhaltigen Einsatzes von Rohstoffen und Ressourcen.“

S. 49: „Wir setzen dabei [beim Umstieg in emissionsfreie Mobilität, Anm. KW] neben der Elektromobilität auch auf synthetische Kraftstoffe im Straßenverkehr und wollen sie – wie auch Wasserstoff – perspektivisch auch im Schwerlastverkehr einsetzen.“

Nutzfahrzeuge und schwere LKW könnten andere Antriebstechnologien erfordern. Hier müssen wir technologieoffen bleiben. Ein zusätzlicher Baustein soll die Verlängerung des Flottenerneuerungsprogramms für LKW sein.“

S. 49: „Taxiunternehmen, Fahr- und Lieferdienste wollen wir bei der Umstellung auf Null-Emissions-PKW durch Sonderabschreibungen, auch bei Ladesäulen, unterstützen.“

S. 49: „Ein Dieselfahrverbot lehnen wir ebenso ab wie ein generelles Tempolimit auf Autobahnen. Stattdessen setzen wir auf innovative, moderne Verkehrssteuerung.“

S. 49: „Für den weiteren Ausbau des elektrifizierten Verkehrs ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur entscheidend. Zur weiteren Beschleunigung wollen wir sie künftig in alle gewerblichen und öffentlichen Neubauimmobilien integrieren und diese auch in Parkhäusern verbessern. Unser Ziel ist es, das Ladesäulennetz so auszubauen, dass die Lademöglichkeiten ein Grund für den Wechsel auf Elektromobilität sind. Wir wollen, dass Schnellladesäulen bundesweit im Fernverkehr möglichst innerhalb von zehn Minuten erreicht werden können und zudem das Bezahlssystem sowie die Anschlüsse vereinfacht und standardisiert werden.“

S. 49: „Flüge, bei denen alternative Kraftstoffe eingesetzt werden, wollen wir von der Luftverkehrssteuer befreien.“

S. 50: „In der Binnenschifffahrt übernehmen wir mit einer stärkeren Förderung von alternativen Kraftstoffen wie E-Fuels und Wasserstoff die Technologieführerschaft. Wir werden die Nutzung von Ammoniak oder Methanol zur Marktreife bringen und in der Schifffahrt anwenden. Zudem werden wir die LNG-Technik ausbauen und ein Importterminal für verflüssigte Gase realisieren“

S. 50: „Ohne Landwirtschaft gibt es kein klimaneutrales Deutschland und keine Artenvielfalt.“

S. 51: „Wir werden [...] emissionsarme Modellställe entwickeln.“

S. 51: „Digitalisierung und neue molekularbiologische Züchtungstechnologien können die Landwirtschaft umweltfreundlicher und wettbewerbsfähiger machen, Ernten stabil halten bei weniger Pflanzenschutzmitteleinsatz und geringerem Wasserverbrauch im Klimawandel.“

S. 52: „Gleichzeitig ist die Landwirtschaft – zusammen mit der Forstwirtschaft – der

einziges Sektor, der eine Senke für Treibhausgase sein kann. Die Klimaleistungen und die Beiträge der Landwirtschaft zum Natur- und Artenschutz müssen bei zukünftigen politischen Entscheidungen berücksichtigt und auch honoriert werden. Dabei müssen alle Formen des nachhaltigen Landbaus profitieren – ökologisch wie konventionell.“

S. 52: „Die Landwirtschaft hat zwischen 1990 und 2020 ihren Ausstoß klimarelevanter Gase um rund 23 Prozent reduziert und damit das Etappenziel für 2020 erfüllt.“

S. 52: „Natur-, Klima-, Arten- und Moorschutzleistungen [in der Landwirtschaft, Anm KW] werden wir durch Kooperationen und Anreize fördern.“

S.53: „Wir werden die Entwicklung angepasster Anbaumethoden im Rahmen der Ackerbaustrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, ressourcenschonende Bewässerungstechnologien und ein verbessertes Wassermanagement fördern.“

S.53: „Mit Zuschüssen zu Mehrgefahrenversicherungen werden wir die Betriebe in ihrer Fähigkeit stärken, sich selbst gegen Dürre und andere Klimarisiken abzusichern. Das gilt als Erstes für unsere Obst-, Gemüse- und Weinbaubetriebe.“

S. 53: „Die Gartenbaubetriebe unterstützen wir insbesondere bei der CO₂-Einsparung und bei der Entwicklung klimafreundlicher Torfersatzprodukte. Marktverzerrungen im Rahmen der CO₂-Bepreisung wollen wir vermeiden.“

S. 53: „Auch die Anpassung der Fischerei im Klimawandel werden wir aktiv begleiten, ihre Wettbewerbsfähigkeit wie ökologische Nachhaltigkeit stärken und die regionale Erzeugung von Fisch als klimafreundliches und hochwertiges Nahrungsmittel sichern.“

S. 104: „Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und so schnell wie möglich eine CO₂-neutrale Bundesverwaltung erreichen. Dabei muss die Verwendung von Ökostrom ebenso eine Rolle spielen wie die energetische Sanierung von Bundesgebäuden.“

S. 104: „Neben der Etablierung von Erneuerbaren Energien in Gebäuden wollen wir die Flotte sowie Regierungsflüge des Bundes über Elektroantriebe oder über synthetische Kraftstoffe dekarbonisieren.“

S.125: „Die energetische Sanierung unseres Gebäudebestands ist ein Muss. Nur so können wir die Klimaziele erreichen. Gleichzeitig müssen vor allem Mieter vor finanzieller Überlastung geschützt sein.“

S. 125: „Wir nehmen die Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht. Zudem werden wir die steuerliche Förderung der energetischen Sanierung, insbesondere von Betriebsgebäuden und von vermieteten Wohnungen, weiter verbessern.“

S. 125: „Schrittweises Sanieren soll besser gefördert werden, da schon kleinere Maßnahmen wichtig und wirksam sind.“

S. 125: „Wir werden „Mieterstrom“ voranbringen und noch bestehende Hemmnisse abbauen – auch um lokale Zusammenschlüsse zu erleichtern. Mieter sollen genauso von der Energiewende profitieren wie Eigenheimbesitzer.“

S. 125f: „Auf dem Land werden wir begleitend zum massiven Breitbandausbau Co-Working-Spaces für kreatives Arbeiten fördern. So stärken wir Kleinstädte, Dörfer und ländliche Räume und entlasten die Ballungszentren. Gleichzeitig tun wir etwas für den Klimaschutz, weil viele Pendlerströme vermieden werden.“

S. 130: „Wo Städte und Dörfer durch Verkehr belastet sind, werden wir für Entlastung durch smarte Verkehrsführungen und die Stärkung des ÖPNV sorgen. Wir werden aber auch weiterhin Ortsumgehungen bauen. Und wo es häufig Stau gibt, werden wir unsere Bundesstraßen und Autobahnen erweitern. Weniger Staus bedeuten mehr Klimaschutz.“

S. 132: „Wir werden ein nationales Klimaanpassungsgesetz zur Daseins- und Zukunftsvorsorge einbringen, um den Folgen des Klimawandels in der Stadt, auf dem Land sowie an den Küsten, Meeren und in den Bergen zu begegnen.“

Kategorie: Explizite Bewertung

S.15: „Überlebensfragen der gesamten Menschheit [...] sind das Erreichen der Klimaziele [...].“

S. 15: „Wo der Klimawandel die Sicherheit gefährdet [...]“

S. 30: „Europa hat die Chance, der erste Kontinent CO₂-neutraler Mobilität zu werden. Wir wollen ihr zum Durchbruch verhelfen und damit weltweites Vorbild sein.“

S. 41: „Klimaneutralität wird ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft werden.“

S. 46: „Durch die Klimaveränderung ist der Wald geschädigt und bedroht. Wir haben in der Dürre der vergangenen Jahre und durch die nachfolgende Borkenkäferplage

sehr viele wertvolle Wälder verloren.“

S. 49: „Die deutsche Luftverkehrswirtschaft [...] soll zum Technologieführer für das klimaneutrale Fliegen werden.“

S. 53: „Die Landwirtschaft, der Garten- und Weinbau sowie die Fischerei sind genauso wie der Wald vom Klimawandel betroffen. Immer stärker ist sein Einfluss auf die Ernten zu erkennen. Trockenheit, Spätfröste und Starkregenereignisse nehmen zu.“

S.119: „Die nächste Krise kann ihren Ursprung im Klimawandel haben, durch Extremwetterereignisse wie Dürren, Trinkwassermangel, Waldbrände oder Hochwasser ausgelöst werden [...].“

9.2 Kodierleitfaden

Kategorie	Definition der Kategorie	Ankerbeispiel 2017	Ankerbeispiel 2021	Kodierregel
Problemdefinition	Es werden direkte oder indirekte Folgen des Klimawandels benannt.	S.68: „Der Fortgang der Erderwärmung kann weltweit dramatische Folgen haben und erfordert deshalb gemeinsames Handeln. Ganze Länder und ihre Bevölkerungen sind davon betroffen. Aber auch in unseren gemäßigten Breiten würde der Fortgang des Klimawandels zu irreversiblen Schäden führen, die vor allem unsere Kinder und Enkel treffen würden.“	S.119: „Die nächste Krise kann ihren Ursprung im Klimawandel haben, durch Extremwetterereignisse wie Dürren, Trinkwassermangel, Waldbrände oder Hochwasser ausgelöst werden [...].“	Die benannten Probleme müssen im Kontext mit einem mit der Klimakrise assoziierten Begriff in Beziehung gesetzt werden. Diese sind beispielsweise Klimawandel, Erderwärmung, CO ₂ -Ausstoß. Die genannten Probleme können sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Natur sein.

Ursachenzuschreibung	Es wird benannt, wer oder was den Klimawandel verursacht oder befördert.	S. 6: „Weltweit wachsen Bevölkerung und Wohlstand. Dadurch steigen der Verbrauch an Rohstoffen und der Ausstoß von CO2.“	<i>Es existiert keine Textstelle zur Ursachenzuschreibung im Wahlprogramm 2021.</i>	Die beschriebenen Ursachen müssen im Kontext mit einem mit der Klimakrise assoziierten Begriff in Beziehung gesetzt werden. Diese sind beispielsweise Klimawandel, Erderwärmung, CO2-Ausstoß.
Lösungszuschreibung / Handlungsaufforderung	Es werden Lösungen für die Klimakrise oder Teilprobleme, die mit ihr verbunden sind, genannt.	S.47: „Bis sich die Elektromobilität endgültig durchgesetzt hat, bleiben moderne Dieselfahrzeuge aufgrund ihres geringen CO2-Ausstoßes eine wichtige Option.“	S. 46: „Damit wir die Klimaschutzziele erreichen, müssen wir neben der wichtigen Verringerung der Emissionen die CO2-Minderung von Wald und Holz stärken. Deshalb werden wir die	Es werden Lösungsvorschläge, die einen Klimabezug haben, in diese Kategorie aufgenommen. Dies umfasst klimaschützende Maßnahmen und Maßnahmen zur Anpassung an veränderte

			<p>Klimaschutzleistungen des Waldes unter Einbezug der Holzprodukte finanziell honorieren und eine CO2-Bindungsprämie einführen. So kann die Klimaleistung des Waldes dauerhaft und verlässlich abgegolten werden und ein zentraler Baustein zur Honorierung weiterer Ökosystemleistungen des Waldes sein, die wir voranbringen wollen. Auch werden wir den Einsatz von Holz als Bau-, Werk- und Brennstoff voranbringen und Hemmnisse abbauen. Dazu werden wir eine Holzbauoffensive starten.“</p>	<p>klimatische Bedingungen genauso wie Klimaziele.</p>
--	--	--	---	--

Explizite Bewertung	Die Klimakrise wird bewertet.	S. 68: „Der Fortgang der Erderwärmung kann weltweit dramatische Folgen haben [...]“	S. 46: „Durch die Klimaveränderung ist der Wald geschädigt und bedroht. Wir haben in der Dürre der vergangenen Jahre und durch die nachfolgende Borkenkäferplage sehr viele wertvolle Wälder verloren.“	Das Zitat enthält wertende Begriffe in Bezug auf direkte oder indirekte Folgen der Klimakrise. Wertungen von artverwandten Begriffen zur Klimakrise, wie Klimawandel, CO2-Ausstoß und ähnliches, fallen ebenfalls in diese Kategorie.
---------------------	-------------------------------	---	---	---